

II Im flexiblen Überfluss – eine zeitdiagnostische Perspektive

»We are a generation, prepared for Paradise
Lost, who do not know what to do with Paradise
Found.« David Riesman

Die Analyse eines aktuell sich ausweitenden Phänomens, wie es die Tafeln darstellen, verlangt nach einer Bezugnahme auf in der Soziologie diskutierte gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. Diesem Anliegen soll das folgende Kapitel dienen. Wenn in dieser Studie der Begriff Überflussgesellschaft gebraucht wird, so heißt das nicht, dass dies die eigentliche und einzig angemessene Charakterisierung zeitgenössischer hoch industrialisierter Gesellschaften ist. Es heißt vielmehr, dass die Untersuchung der Tafeln und ähnlicher Initiativen ein angemessenes Verständnis von Überfluss verlangt. Denn sie selbst beziehen ihr Engagement immer wieder auf vorhandenen Überfluss. So wurde bereits darauf hingewiesen, dass beispielsweise der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. gleich zu Beginn auf seiner Homepage schreibt: »In Deutschland gibt es Lebensmittel im Überfluss und dennoch haben nicht alle Menschen ihr täglich Brot« (www.tafel.de, 21.4.2011). Ähnlich bringt das eine verschiedentlich gebrauchte Formulierung des Selbstverständnisses zum Ausdruck, nach der Tafeln eine »Brücke zwischen Überfluss und Mangel« schlagen. Schließlich findet sich der Anspruch, mit dem Tafelengagement gegen die »Wegwerfgesellschaft« aufzutreten. Eine genauere Interpretation dieser Formeln wird Teil der empirischen Rekonstruktionen sein (Kapitel IV 2.1, 4.2, 5.2). Für den Moment zählt die Feststellung, dass die Tafeln den unübersehbaren Überfluss als ihre Referenz wählen und zwar im Spannungsfeld zu ebenfalls beobachtetem mangelnden Zugang mancher Menschen dazu. Wie einleitend an Polarisierungstendenzen im Wohlstand gesehen, greifen sie damit Entwicklungstrends von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung auf. Deshalb ist diese Thematik soziologisch aufzubereiten. Dafür muss der erzeugte Überfluss an Dingen in ökologischer wie sozialer Hinsicht ebenso

thematisiert werden wie den Ungleichheiten im und den Ausgrenzungen vom Überfluss nachzugehen ist.

Von Überfluss oder gar Überflussgesellschaft zu sprechen ist durchaus verbreitet und allgemein verständlich. Die ›Überflussgesellschaft‹ bringt bestimmte gesellschaftliche (Selbst-)Verständnisse zum Ausdruck (von Reichtum bis Wegwerfgesellschaft). Ausgearbeitete soziologische Konzepte dazu finden sich allerdings nicht. Vielleicht auch deshalb, weil das prominenteste Buch zum Thema bereits 1958 von einem Ökonomen unter dem Titel »The Affluent Society« (Galbraith 1998, dt. »Gesellschaft im Überfluß«) erschienen ist. In der Soziologie jedenfalls sind die Begriffe nicht zentral geworden und fehlen folglich in vielen soziologischen Wörter-, Einführungs- oder Überblicksbüchern. Das heißt nicht, dass nicht einiges in der Soziologie gesagt und geschrieben worden wäre, das relevant und aufschlussreich für ein Verständnis von Überflussphänomenen sein kann. Dabei wird ein allgemeines Verständnis von ›Überflussgesellschaft‹ aber zumeist schon vorausgesetzt oder es werden ähnliche Fragen unter verwandten Perspektiven und Begriffen verfolgt, etwa unter ›Konsum/-gesellschaft‹.

Ziel des Kapitels ist es, ein zeitgemäßes Verständnis von Überfluss zu entwickeln, welches in den Begriffen des ›flexiblen Überflusses‹ beziehungsweise der ›flexibilisierten Überflussgesellschaft‹ gefasst wird. Dass es sich bei ökologischen Problemen in vieler Hinsicht um Überflussprobleme handelt, ist sicher weniger überraschend. Eine besondere Herausforderung besteht aber darin, Armut und Ausgrenzung von der Überflusperspektive nicht auszuklammern, sondern konzeptionell mit dem (Konsum-)Überfluss zu verbinden. Die damit verknüpfte These ist, dass Armut und Ausgrenzung nicht als separierte Mangelprobleme, sondern besser als Überflussprobleme aufzufassen sind.

Das Kapitel wird sich zuerst historisch an Überflussphänomene und -verständnisse annähern, von den Jägern und Sammlern bis zur modernen Überflussgesellschaft des 20. Jahrhunderts und ihren Kritiken (1). Anschließend ist das zeitgenössisch verbreitete Verständnis des Überflusses als Konsumüberfluss der hoch industrialisierten Länder genauer zu betrachten (2), um diesem Ungleichheits- und Ausgrenzungsentwicklungen gegenüber zu stellen (3). Mit dieser Vorbereitung können die Überlegungen in der Deutung vom flexiblen Überfluss zusammengeführt werden. Damit wird sowohl Anschluss an gegenwartsdiagnostische soziologische Diskussionen gewonnen als auch eine geeignete Perspektive, die Anregungen für die Analyse der Tafeln und ähnlicher Initiativen als zeitgenössischer Phänomene bietet (4).

1 ÜBERFLÜSSE – DEUTUNGEN, PROBLEME, PARADOXIEN

Vorstellungen von Überfluss sind üblicherweise mit reichen Gegenwartsgesellschaften verknüpft. Doch gab es Überfluss in der ein oder anderen Form wohl zu allen historischen Zeiten. Einige Varianten seit den Jägern und Sammlern bis zur beginnenden Industrialisierung werden im Folgenden skizziert (1.1). Die kollektiven Umgangsweisen mit dem Überfluss hängen vom jeweiligen Überflussverständnis ab und unterscheiden sich nicht zuletzt darin, wem welcher Zugang dazu eingeräumt wird. Die mit der Industrialisierung eingeleitete Durchsetzung der ›westlichen‹ Überflussgesellschaften wirft neue, häufig als Paradoxien erfahrene Legitimationsprobleme auf und ruft Kritiken dieses Überflusses auf den Plan (1.2).

1.1 Vom Jagen und Sammeln zur Maschine: Umgang mit Überfluss

In ausdrücklicher Abgrenzung von geläufigen Ansichten des Überflusses der reichen zeitgenössischen Industriegesellschaften hatte Marshall Sahlins (o.J./1974) die ursprüngliche und eigentliche Überflussgesellschaft bei den Jägern und Sammlern ausgemacht (vgl. Lorenz 2009d). Zumindest periodisch könne das Nahrungsangebot für diese als überreichlich betrachtet werden und der betriebene Arbeits- und Zeitaufwand für die Reproduktion liege unter den Anforderungen der modernen Industriegesellschaften. Wichtiger noch ist für Sahlins die Feststellung, dass sich Überfluss nicht nur über die Produktionskapazitäten bestimmen lasse, sondern genauso über die Bedürfnisse und Wünsche. Da letztere bei den Jägern und Sammlern gering seien, reiche auch eine geringe Produktivität. Kurz: weniger Arbeit und weniger Konsum (-wünsche) bedeuten größeren Wohlstand. Da zudem die nötigen Mittel und Techniken vergleichsweise einfach und tendenziell für alle zugänglich wären, böte dies darüber hinaus mehr Einflussmöglichkeiten auf das gemeinschaftliche Leben: »eine Überflussgesellschaft für alle Menschen« (Paczensky/Dünnebier 1997: 27). Armut sei dagegen eine Frage des Status und der sozialen Ungleichheit, deshalb eine Erfindung der Zivilisation und nehme mit ihr zu, nicht ab, so Sahlins. Die von ihm deklarierte originale Überflussgesellschaft ermöglicht dagegen allgemeine Teilhabe, sie produziert zwar wenig, ist aber dennoch wohlhabend, weil die Menschen auch wenig brauchen. Für heutige Verhältnisse aktualisiert: »Denn zwar nicht jeder Euro, den wir *nicht haben*, aber jeder, den wir *nicht brauchen*, bedeutet einen winzigen Zuwachs an Freiheit« (Gronemeyer 2010: 230).

Doch auch wenn man Überfluss im engeren und geläufigeren Sinne als materiellen Reichtum versteht, wird man ihn historisch immer wieder finden. In seinem Essay von 1925 über »Die Gabe« rekonstruierte Marcel Mauss (1990) Systeme des Gebens sogenannter archaischer Gesellschaften sowie deren ritualisierten Umgang mit dem gesammelten Überfluss. Solcher war in durchaus hohem Maße vorhanden: »Es werden Überschüsse angehäuft, die selbst nach europäischen Maßstäben sehr groß sind, und diese werden oft mit reinem Verlust ausgegeben, mit relativ hohem Aufwand und ohne eine Spur von Gewinnsucht« (ebd.: 166), dabei allerdings »nicht frei von Eigennutz« (ebd.: 170). Denn die zyklische und ritualisierte Konsumtion oder gar Zerstörung der Reichtümer (Potlatsch) diente der Reproduktion sozialer Ordnung. Sie war prestigeträchtig und Hierarchien begründend. Sie verknüpfte über erwartet-großzügiges Geben der Häuptlinge bei rituellen Treffen und Festen materielle Nützlichkeit (Konsum, Tausch) mit sozialer Bindung, ohne dauerhafte und grenzenlose Anhäufung von Reichtümern zuzulassen. Lefebvre (1972) knüpfte später an eine Idee des Überflusses als Fest (wenn auch nicht im ›archaischen‹ Sinne) seine Kritik und Alternative zum Überflussverständnis der ›westlichen‹ Gesellschaften der Nachkriegszeit. Er fragte: »wenn der Überfluß nicht das Fest bedeutet, wenn er nicht eine triumphale Erneuerung des Festes hervorbringt, wozu dient er und was bedeutet er dann?« (1972: 78). Die eigentliche »Überflußwirtschaft« und mit dieser der »Übergang des Alltäglichen zum Fest« (ebd.: 267, 278) wäre für die reichen modernen Gesellschaften erst noch zu verwirklichen.

Zu einer interessanten zeitgenössischen Variante, bei der Überfluss und Reichtumsverständnis auseinander fallen, forscht Spittler (2011). Bei einem nigerianischen Hirtenvolk, von dem er berichtet, macht sich Reichtum am Viehbesitz fest, übersetzt sich allerdings nur in geringem Umfang in Güterbesitz. Dinge werden vor allem ihrer Nützlichkeit wegen geschätzt, hinzu kommen einige schmückende Festtagsgegenstände. Es leben hier aber alle Menschen mit sehr wenigen Dingen.

Im Fortgang der Zivilisation, im Sinne Sahlins', war Überfluss vor allem exklusiv für privilegierte Minderheiten zugänglich, während die meisten Menschen bescheiden oder sogar in Mangelverhältnissen lebten und nur vom Schlaraffenland träumen konnten (Montanari 1999: 114ff.). Montanari vermittelt eine Vorstellung von den Zeiten der Entbehrung, wenn er schreibt (ebd.: 156):

»Alles in allem scheinen die ›schweren Jahre‹ im 18. Jahrhundert häufiger denn je gewesen zu sein, mit Ausnahme vielleicht des 11. Jahrhunderts. Allerdings soll dies nicht bedeuten, daß die Menschen hätten *verhungern* müssen. Hätte es sich so verhalten, wäre die gewaltige demographische Entwicklung der damaligen Zeit gelinde gesagt unverständ-

lich. Wir stehen vielmehr einem verbreiteten Unwohlsein, einem Zustand permanenter Unterernährung gegenüber, der sozusagen physiologisch und kulturell als normale Lebensbedingung ›assimiliert‹ wurde.«

Deshalb wird man bei hier anzutreffenden Überflussphänomenen nicht von *Überflussgesellschaften* sprechen. Vorläufer des modernen Überflusses finden sich seit dem Ausgang des Mittelalters, in europäischen Städten mit den sich dort etablierenden Gewerken, Gewerben und dem ausgeweiteten Handel (vgl. Mikl-Horke 1999: 208ff.). So wurde eine größere Menge und Vielfalt neuer materieller Güter für mehr Menschen verfügbar. »Während der materielle Überfluss auch in niedere soziale Schichten einsickerte, erweiterte er sich auf ganz gewöhnliche Dinge wie den Besitz mehrerer Töpfe zum Kochen, mehrerer Teller zum Essen, mehr als eines einzigen Paares Schuhe und unterschiedlicher Kleidung für die verschiedenen Jahreszeiten«, aber beispielsweise auch auf Kinderspielzeug (Sennett 2008: 114). Das Aufkommen von Maschinen, technische Neuerungen und die industrielle Produktion erweiterten noch einmal den materiellen Überfluss. Im 18. Jahrhundert »versprach die Maschine, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, und inzwischen hat sie dies auch in unendlichem Maße getan: mehr und bessere Medikamente, Häuser, Nahrungsmittel – eine endlose Liste. Die materielle Lebensqualität des arbeitenden Armen in Europa ist heute in mancherlei Hinsicht höher als die der bürgerlichen Klassen im 17. Jahrhundert« (ebd.: 115f.). Freilich waren es nicht nur die produktiv-technischen Neuerungen, die den materiellen Überfluss hervorbrachten, sondern genauso der sich allmählich von Religion und Staat unabhängig machende, sich über Märkte organisierende Tausch beziehungsweise Ver-/Kauf der Güter. Was letztlich als ›industrielle Revolution‹ erschien wurde begleitet von und beruhte auf einer Kommerzialisierung und einer ›Finanzrevolution‹, aber darüber hinaus auch auf der Zentralisierung der Staatsgewalt, verstärkter naturwissenschaftlicher Forschung, dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und nicht zuletzt einer ›Konsumrevolution‹ (Mikl-Horke 1999: 372f., 378). »Die Industrialisierung begann nicht mit der Fabrik und der Maschine. Sie war vielmehr ein vielschichtiger und in Schüben verlaufender, weit in die Vergangenheit reichender Prozeß, der untrennbar mit sozialen und politischen Entwicklungen sowie mit Ideen-, Einstellungs- und Verhaltenswandel verbunden war« (ebd.: 381).

Die vermehrten und neuen Dinge wurden von Beginn an ambivalent wahrgenommen. Zwar standen sie für größeren Reichtum sowie erweiterte Möglichkeiten und Arbeitserleichterungen. Doch verunsicherten sie auch oder erschienen sogar als bedrohlich. Die ungleiche Verteilung und die daraus resultierenden sozialen Probleme waren dabei ein wichtiger, aber nicht der einzige Aspekt der

Ambivalenz gegenüber den vermehrten Objekten. Gerade in diesem Punkt konnte man vielleicht noch, jedenfalls bis zur ökologischen Krise, am meisten die Hoffnung hegen, dass technische und produktive Fortschritte die Verfügbarkeit für immer mehr Menschen ermöglichen würden. Es gab aber darüber hinaus weitere Befürchtungen. Sennett (ebd.: u.a. 114ff., 150ff.) benennt wichtige Bedenken, die einer materiellen Kultur der vermehrten Dinge entgegengebracht wurden. Dazu zählte aus theologischer Sicht die Verführungskraft materiellen Wohlstands, der die Aufmerksamkeit vom geistlichen Leben ablenke. Solche Einwände können als in säkularisierter Form nach wie vor relevant betrachtet werden (etwa: ›zuviel Essen, Fernsehen etc. ist ungesund‹). In der Erziehung entstand die Befürchtung, Kinder würden durch zu viele Spielsachen zu sehr verwöhnt (ebd.: 115). Aber auch im Alltag stellten sich Fragen, wie mit dem neuen Reichtum ›richtig‹ und angemessen umzugehen sei. Die Verfügbarkeit der materiellen Objekte weckt Begehrlichkeiten nach weiteren, neuen Objekten, was zugleich die vorhandenen, dann alten, entwertet. Inwiefern ist ein leichtfertiger oder gar verschwenderischer Umgang mit ihnen zu rechtfertigen? Oder ist dies Ausdruck mangelnder Achtung vor den produktiven Anstrengungen? Aber gerade solche Anstrengungen sind ja durch Einsatz von Maschinen gar nicht mehr in dem Maße nötig. Muss man die industriell erzeugten Dinge sogar viel geringer werten, gerade weil sie so leicht verfügbar werden, aber auch, weil sie in der erzeugten Masse viel unformer, eintöniger und ersetzbarer werden? Auf der produktiven Seite traten sie zugleich in Konkurrenz zu den Möglichkeiten manueller Herstellung und sofern sie besser erschienen, konnten sie auch als Kränkung wahrgenommen werden, weil das menschliche Verdienst daran recht gering ausfiel. Die Erfindung und technische Realisierung des Neuen ließ sich zweifellos anerkennen, das Bedienen der Maschine in der Massenproduktion kaum. Geistige und körperliche Arbeit traten so stärker auseinander und die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten, wie Sennett sie mit dem Handwerk verbindet, war an der Maschine nicht mehr gefragt. Der Maschine »starrs Bewegungsmuster diktiert die produktiven Restfunktionen des Arbeiters« (Pohlmann 1997: 83). Menschen werden in dieser Hinsicht zu Dienern der Maschine und im Übrigen zu ›bloßen Konsumenten‹: die Bereicherung, so man an ihr beteiligt ist, erscheint zugleich als Verarmung, und es ist nicht immer leicht zu entscheiden, was die Oberhand gewinnt.

Deutlich wird an den bisherigen Überlegungen, dass der Überfluss in zweierlei Hinsicht Probleme birgt: im Zugang und im Umgang. Beides hängt eng zusammen. Zum einen bedarf es des Zugangs, um einen Umgang überhaupt entwickeln zu können. In umfassenderer Perspektive ist der Zugang wiederum als Teil des kollektiven Umgangs mit Überfluss aufzufassen.

1.2 Paradoxien, Legitimation und Kritik der Überflussgesellschaft

Bislang erschien noch nichts paradox am Überfluss. Als *ein* Paradox kann der Mangel im Überfluss wahrgenommen werden, wie es besonders die heutige Tafeldiskussion prägt. Dies wird aber historisch erst dann zum Paradox, wenn zum einen der Überfluss materiell groß genug erscheint, dass er allen offenstehen könnte, und wenn zum anderen ein Ausschluss davon sich nicht mehr prinzipiell von selbst versteht. Solange eine ständische Sozialordnung legitimieren kann, dass manche von der Götter oder deren Vertreter Gnaden selbstverständlich privilegiert sind, sind die Verteilungen von Reichtum und Armut kein Gegenstand der Kontroverse. Historisch entzogen dem humanistische, aufklärerische und liberale Ideen nach und nach die Legitimation. Zugleich brachte die produktive Entwicklung in Folge der Industrialisierung und deren kapitalistischer Organisation immer weitere materielle Dinge hervor. Dennoch gingen die frühen Theoretiker der modernen Ökonomie von Smith bis Marx davon aus, dass Überproduktion und Massenverelendung zwei Seiten derselben Medaille wären (Kneer 2001: 426). – Im Übrigen hat man auch schon früh, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, gesehen, dass mit dem Wohlstand ›Verschmutzungen‹ einhergehen, gewissermaßen als Preis des Wohlstands.¹ – Die Überflussgesellschaft im geläufigen Sinne, die den Zugang potenziell aller ermöglicht und proklamiert, setzt sich jedenfalls erst im 20. Jahrhundert durch, zuerst in den 1920-30er Jahren in den liberalisierten und demokratisierten USA, nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Europa.

Dass die Nicht-Teilhabe nicht mehr selbstverständlich zu legitimieren ist, hat zwei Aspekte. Zum einen lassen Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen keine transzendenten Privilegierungsgründe zu, insofern müssen grundsätzlich alle Zugang zum Wohlstand haben – was offensichtlich nicht heißt, dass es faktisch

1 In der bekannten Bienenfabel-Schrift Mandevilles (1988: 9) aus dem frühen 18. Jahrhundert heißt es: »Ich glaube, es gibt nur wenige Leute in London, die zu irgendeiner Zeit zu Fuß gehen müssen und die nicht wünschten, die Straßen wären viel sauberer, als sie es im allgemeinen sind; wobei sie nichts anderes als ihre Kleider und ihre persönlichen Annehmlichkeiten im Auge haben. Aber wenn sie erst einmal darüber nachdenken, daß das, was ihren Ärger erregt, das Ergebnis des Überflusses, der großen Geschäftigkeit und des Wohlstands jener mächtigen Stadt ist, dann werden sie kaum wünschen – sofern ihnen deren Wohlfahrt am Herzen liegt –, die Straßen weniger schmutzig zu sehen.«

nicht weiterhin Möglichkeiten gegeben hätte, Ungleichheiten zu legitimieren.² Zum anderen gehörte zu den Fortschrittsideen und bürgerlich-liberalen Ideen aber auch die Vorstellung, dass der materielle Reichtum ein erstrebenswertes Ziel sei. Ein Legitimationsproblem ist das insofern, als man kaum ernsthaft Nicht-Teilhabe wollen kann, ohne damit die Antriebe moderner Ökonomie und Lebensweise in Frage zu stellen. Die im 18. Jahrhundert prominent von Bernard Mandeville (1988) und Adam Smith (2004) eingeleitete Begründung, dass statt moralischer Appelle die individuelle Interessenverfolgung effektiver den Wohlstand fördere, (jedenfalls sofern sie kalkulier- und berechenbar sei, vgl. Hirschman 1980), setzt schon voraus, dass der so zu erzielende Wohlstand auch ein allgemein gewollter ist. Während das lange Zeit mit einer asketisch-»protestantischen« Ethik zu vereinbaren war (Weber 2005), die Betonung nämlich noch auf der ökonomischen Wohlstandserzeugung lag, verschob sich dies zunehmend auf hedonistische Motive der konsumierenden Wohlstandsaneignung (vgl. Schneider 2000). So oder so muss eine ernsthafte Distanzierung vom Streben nach vermehrtem Wohlstand im Sinne materiellen Reichtums gemeinhin zumindest auf Unverständnis stoßen.

Die Überflussgesellschaften sind also dadurch gekennzeichnet, dass sie durch hohe Produktivität eine Vielzahl von Dingen, einschließlich Lebensmitteln, hervorbringen, dass diese im Allgemeinen auch erstrebt werden und dass sie grundsätzlich allen StaatsbürgerInnen zugänglich sind beziehungsweise sein sollen. Dann wird es auch als paradox wahrgenommen, wenn einerseits viele Güter vorhanden sind, aber dennoch Menschen davon ausgeschlossen bleiben. Dieses Phänomen erscheint bereits ganz zu Beginn der Überflussgesellschaften, nämlich in den USA in der Zeit der »Great Depression« ab 1929. Nach einigen Jahren der Prosperität führte die Wirtschaftskrise zur Verarmung vieler Menschen. Zugleich gab es aber hohe Überschüsse der Industrie- und Agrarprodukti-

2 Insofern handelt es sich hier zweifellos um eine sehr idealisierte und verkürzte Darstellung. Die Kriterien, nach denen menschliche Gleichheit bemessen wurde (was heißt *alle?*), boten genügend Interpretationsspielräume, um – ganz rational – Ungleichheiten zu begründen. Bis heute sind bekanntlich entsprechende Rassismen, geschlechtsbezogene Ungleichheiten und Abwertungen von armen, ungebildeten oder sonstigen gesellschaftlichen Normalitätserwartungen nicht entsprechenden Menschen wirksam. Dennoch bestand im nationalstaatlichen Rahmen der grundlegende Anspruch des Zugangs »aller«, wie ihn etwa Zinn (1966) mit (kritischem) Blick auf die New Deal-Politik der 1930er Jahre formulierte: »how to bring the blessings of immense natural wealth and staggering productive potential to every person in the land« (zit. nach Poppendieck 1986: xvi).

on, die keine Abnahme fanden, weil im Konsum das nötige Geld dafür fehlte. Das offensichtliche Missverhältnis der massenhaften Lebensmittelvernichtung trotz existenzieller Armut im Land wurde öffentlich als Paradox des Mangels inmitten von Überfluss oder schlicht als ›the paradox‹ diskutiert (Poppendieck 1986: xii). Die Bemühungen, diese Probleme zu lösen, schlugen allerdings über die 1930er Jahre eine Richtung ein, die eine Lösung gerade nicht beförderten, sondern die Probleme verstetigten, so Poppendieck in ihrer Studie. Denn die administrativen Anstrengungen zielten in den USA schließlich mehr dahin, Agrarüberschüsse zu regulieren, Preise zu stabilisieren und entsprechende ökonomische Knappheit zu erhalten, als die Armutprobleme zu bearbeiten. »Over the next several decades, the results of this situation were, again, hunger amid plenty« (ebd.: xvi).

Der Optimismus freilich (oder die Beschwörung), letztlich durch – staatlich unterstützte – ökonomische Prosperität zu allgemeinem Wohlstand zu gelangen, hat sich nicht nur in den USA über Jahrzehnte und über einige Krisenzeiten und anderslautende Diagnosen (vgl. Lutz 1989) hinweg gehalten, unabhängig davon, ob die Wirtschaftspolitik eher nachfrage- oder, seit den 1980er Jahren, verstärkt wieder angebotsorientiert ausgerichtet wurde. So erfuhr auch ein zweites Paradox eine optimistische Deutung, dessen Beobachtung ebenfalls in die frühen Zeiten der Überflusgesellschaften zurückreicht. Bereits Galbraith (1998: 98) sah es als paradox an, dass mit zunehmender Wohlstandsproduktion der Produktion selbst nicht weniger, sondern noch mehr Bedeutung zuwachse. Er fand dies zunächst einmal darin begründet, dass die anderen zentralen gesellschaftlichen Probleme, nämlich wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Ungleichheit, in der Überflusgesellschaft weitgehend gelöst oder wenigstens in hohem Maße entschärft seien (ebd.: 100ff.).³ Hinzu käme aber, dass der Produktion eine hohe Bedeutung zugeschrieben werde, weil sie nach verbreiteter Meinung die Bedürf-

3 Eine Ansicht, die von anderen Autoren dieser Zeit geteilt wird. Bekannt ist die »nivelierte Mittelstandsgesellschaft« von Schelsky (1965a). Ähnliches konstatieren die Analysen von Eduard Heimann (vgl. Molitor 1959, Kruse 1994), der in den 1950er und frühen 1960er Jahren zugleich auf neue Gefährdungen, unter anderem im Ansatz bereits auf ökologische, verweist: »Gerade weil die Probleme der Vergangenheit in dem neuen Bau [der Gesellschaft, S.L.] gelöst sind, entstehen in ihm neue arteigene Spannungen und Gefahren, die vorher nicht sichtbar waren« (Heimann 1958 zit. nach Kruse 1994: 85). – Castel (1980) allerdings sah in Galbraiths Annahme, dass Armut nurmehr ein Randphänomen darstelle, eine für die USA historisch geprägt typische Sichtweise auf Armut wirksam, dass nämlich Armut kein gesellschaftliches, sondern ein individuelles Problem sei.

nisse der Konsumenten bediene. Galbraith (ebd.: 124ff.) argumentiert dem entgegen, dass mit steigender Produktion zugleich die Bedürfnisse stiegen (durch das Angebot selbst, durch Werbung und sozialen Vergleich), weshalb man nicht umgekehrt Bedürfnisse als Begründung für gesteigerte Produktion gelten lassen könne. Folglich steige auch nicht der Wohlstand automatisch durch mehr Produktion, wenn damit lediglich gestiegene Erwartungen erfüllt werden, also ein höheres Bedürfnisniveau bedient werden müsse.⁴ In diesem Punkt begegnen sich Galbraith und Sahlins. Anders als bei Sahlins gesehen, hält Galbraith allerdings ein hohes Produktionsniveau selbst für wichtig. Er stellt keineswegs die Bedeutung der Produktion in Frage, sondern kritisiert, dass das Produktionsziel einseitig verfolgt wird. Nicht zuletzt einem alten Denken der Not verhaftet, statt die neue Situation der Überflussgesellschaft zu registrieren, werde der Blick viel zu eng auf die privatwirtschaftliche Konsumgüterproduktion gerichtet, die aber auf dem erreichten Niveau bei weiterer Steigerung in dieser Richtung den geringsten allgemeinen Nutzen stiften würde. Wichtiger wäre vor allem die Förderung der öffentlichen Dienste, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr, sowie eine gezieltere Forschung in diesem Sinne.⁵

Galbraith betrachtete die Überflussgesellschaft als einen historischen Fortschritt, sofern sie von Hunger und existenzieller materieller Not befreie, was ihn nicht davon abhielt, ihre seinerzeitige Ausprägung zu kritisieren. In späteren Kritiken an der Überflussgesellschaft oder der Deutung der westlichen Nach-

4 »In Europa trat diese Erscheinung [dass Bedürfnisse mit den Waren selbst mitproduziert wurden; S.L.] erst in den 60er Jahren zutage. Seltsamerweise resultierte dies nicht in einer Verbesserung und Erleichterung des Lebens, vielmehr transformierte sich die Gesellschaft in eine auf Arbeit ausgerichtete Veranstaltung, in der die Lebenshaltung zur Konsumfunktion zugunsten des Wachstums der Industrie wurde (...)« (Mikl-Horke 1999: 526). – Nicht zuletzt war auch für die Soziologie Arbeit lange Zeit interessanter als Konsum. In der deutschen Soziologie spielte Konsum nur phasenweise und insgesamt eine untergeordnete Rolle (Schrage 2009b). Im letzten Jahrzehnt hat das Interesse an der Erforschung der ›Konsumgesellschaft‹ dagegen deutlich zugenommen.

5 Hirsch (1978) beobachtet fast zwanzig Jahre später, dass spätestens seit Mitte der 1960er Jahre genau solche Investitionen verstärkt erfolgten, freilich die Paradoxien nicht beseitigten. Seine Zuspitzung des Überflussparadoxes lautet deshalb nicht mehr nur, dass trotz wirtschaftlichen Erfolgs der Produktion eine hohe Bedeutung zuwachsen. Vielmehr ist seine Frage jetzt, warum am ökonomischen Fortschritt festgehalten werde, obwohl er gerade zu immer unbefriedigenderen Resultaten führe, je mehr Menschen daran Anteil gewinnen (ebd.: 1).

kriegsgesellschaften als Überflussgesellschaften finden sich ähnliche Argumente und Motive wieder, auch wo Galbraith' Annahmen selbst kritisiert werden. So hält Lefebvre (1972: 77ff.) die Charakterisierung als Überflussgesellschaft zwar für ungeeignet, allerdings eben weil der produktivistische Überfluss, wie es auch Galbraith kritisierte, ein sehr einseitiger sei, der soziale und kulturelle Bedürfnisse vernachlässige oder sogar auf deren Kosten erreicht werde. Ähnlich sieht letzteres Marcuse (1969), der deshalb aber nicht die Bezeichnung Überflussgesellschaft in Frage stellt, sondern vielmehr zur »Befreiung« von dieser aufrief: »Ich denke, wir stehen einer geschichtlich neuartigen Situation gegenüber, weil es für uns heute darum geht, uns von einer relativ gut funktionierenden, reichen, mächtigen Gesellschaft zu befreien. (...) von einer Gesellschaft, die in großem Maße die materiellen und sogar die kulturellen Bedürfnisse des Menschen entwickelt« (ebd.: 186). Lefebvre wie Marcuse begrüßen dabei, wie Galbraith, eine hohe Produktivität als fortschrittlich. Sahlins und später Gronemeyer (2002) dagegen schließen stärker an die Überlegung an, dass mit erhöhter Produktivität auch die Bedürfnisse wachsen (beziehungsweise überhaupt hervorgebracht werden) und dass es folglich kein Wohlstandszugewinn sein könne, wenn die höhere Produktivität die zu befriedigenden Bedürfnisse erst schaffe und dann auch bedienen müsse. Gronemeyer (ebd.: 73ff.) hält deshalb »Knappheitsgesellschaft für die treffendere Diagnose als Überflussgesellschaft.«⁶

Für die vorliegende Untersuchung ist es freilich wichtig, am Begriff des Überflusses festzuhalten, geht es doch bei den Tafeln um das Sammeln und Verteilen von überflüssigen Lebensmitteln. Entscheidend ist vielmehr, das Verständnis von Überfluss zu qualifizieren und zu fragen, was bestimmte Formen von Überfluss für Konsequenzen zeitigen. Welcher gesellschaftliche Nutzen

6 Nicht für *die* Gesellschaft, aber für die Wirtschaft der Gesellschaft entspricht das dem systemtheoretischen Verständnis: »In diesem Sinne ist in der heutigen »Überflusgesellschaft« viel mehr knapp als früher, und Geld hat die Form einer Weltkonstruktion angenommen (...)« (Luhmann 1997b: 349). Insofern die Systemtheorie sich für die Ausdifferenzierung und selbstreferenzielle Schließung des Wirtschaftssystems interessiert, erscheint Überfluss hier in eigenwilliger Weise vor allem als das, worauf Wirtschaft zugreift, als Ressource und monetärer »surplus« (Hutter 1999: 49f.). Nicht als Überfluss wird dagegen beobachtet, was Wirtschaft hervorbringt, womit sie ihre »teilsystemische Umwelt« konfrontiert, was als solches die lebensweltlichen Orientierungen der gesellschaftlichen Akteure sowie deren Ungleichheitsverhältnisse betrifft und was zudem ökologische Konsequenzen hat. Die systemtheoretische Perspektive erweist sich deshalb für ein Verständnis des Überflusses der »Überflusgesellschaft als wenig weiterführend.

entspringt aus welchem Überfluss, für wen, und welche Kosten, Verluste oder Einschränkungen verbinden sich damit?

Die Darstellungen zeigten, dass die Überflussgesellschaft einerseits materielle Not und existenziellen Mangel historisch überwinden konnte, dass sich dabei andererseits neue Paradoxien und Konflikte einstellten. So führte der Überfluss nicht dazu, dass allen der Zugang dazu eröffnet wurde, obwohl prinzipielle Ausschlussgründe außer Geltung gesetzt wurden. Darüber hinaus trat die Relationalität des Überflusses deutlicher hervor. Was schon als Überfluss oder noch als Notwendigkeit oder gar Mangel gelten konnte beziehungsweise musste, veränderte sich über die Zeit. Insbesondere erhöhten sich mit dem produzierten Überfluss auch Bedürfnisse, so dass der Wohlstandsgewinn fraglich blieb. Anfangs konnten noch optimistisch vorübergehende Schwierigkeiten angenommen werden, doch wurde immer deutlicher, dass der Überfluss Probleme in neuer Art und Weise mit sich brachte. Kritiken stellten deshalb immer wieder das Wohlstandsmodell der modernen ›westlichen‹ Überflussgesellschaften in Frage. Die folgenden Abschnitte werden weiter den Versprechungen, Hoffnungen und Enttäuschungen nachgehen, die sich mit der Herausbildung der Überflussgesellschaften verbinden. Zunächst geht es um das Überflussverständnis im verbreiteten Sinne, nämlich als Konsumüberfluss, um daraufhin näher auf die Diskussionen um Ungleichheiten und Ausgrenzungen einzugehen. Vor diesem Hintergrund wird dann ein genaueres Verständnis des zeitgenössischen Überflusses entwickelt werden können.

2 ÜBERFLUSSGESELLSCHAFT ALS KONSUMGESELLSCHAFT

Die Spuren modernen Konsums wurden von HistorikerInnen bis ins 17. (Holland) beziehungsweise 18. Jahrhundert (England) zurückverfolgt. Für Deutschland setzen Torp/Haupt (2009: 10f.) den Beginn der Konsumgesellschaft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an. Dies ist freilich der analytische Blick in die Vergangenheit mit Hilfe von ›Konsum‹- und ›Konsumgesellschaft‹-Verständnissen, die anhand wissenschaftlicher Kriterien gewonnene Kategorien darstellen. Im gesellschaftlichen Selbstverständnis wird das Entstehen der Konsumgesellschaft dagegen »mit den Nachkriegerscheinungen von Überfluss und Konsumentensouveränität« identifiziert (ebd.: 11, vgl. König 2000). Heutigen Vorstellungen entsprechend liegt ›Überflussgesellschaft‹ damit sehr nah am Verständnis der (Massen-)Konsumgesellschaft. So führt etwa Kneer (2001: 422)

aus Konsum- beziehungsweise Konsumentenperspektive in die Überflussgesellschaft ein:

»Manchem Zeitgenossen erscheint die gegenwärtige Gesellschaft längst als ein gigantischer, überdimensionierter Supermarkt. (...) Längst haben wir uns daran gewöhnt, stets und überall eine Auswahl aus einer unübersichtlichen Fülle von Erzeugnissen und Konsumartikeln treffen zu können und, wenn man so sagen will, treffen zu müssen.

Es dürfte vor allem die (...) Vorstellung eines reichhaltigen, mehr oder weniger grenzenlos erscheinenden Waren- und Konsumangebots sein, die dem zeitdiagnostischen Begriff einer Überflussgesellschaft zugrunde liegt.«

Grundlage dafür ist die historische Durchsetzung dessen, was man mit einem Titel von Schrage (2009a) »Die Verfügbarkeit der Dinge« nennen kann, die in der (westlichen) Konsumgesellschaft durch *marktförmig organisierten Konsum* allgemein ermöglicht wird. Die Nähe des Verständnisses der Konsumgesellschaft zur Überflussgesellschaft ergibt sich vor allem daraus, dass es nicht um ›basalen‹ Konsum geht, nicht um ›elementare Bedürfnisbefriedigung‹, sondern gerade um Konsum darüber hinaus. Dieses ›Mehr‹ an Konsum beziehungsweise an realen wie vorstellbaren Konsum*möglichkeiten* bringt die Menschen in eine Wahlposition, die zugleich als Freiheits- und Autonomiegewinn bei der Alltagsgestaltung erlebt wird: »(...) affluence – a capacity and expectation to spend freely – increases the range and variety of people’s experiences because surplus income gives people choice over the commodities and services they consume« (Ransome 2006: 4).

Selbstverständlich bedarf der Massenkonsum einer entsprechenden Produktion, so dass Produktion und Konsum immer in wechselseitigen Abhängigkeiten stehen müssen. Bei der Betrachtung des Überflusses lag das Augenmerk zunächst noch auf dem erreichten Produktionsniveau und verschob sich erst allmählich in Richtung der Verwendung des Produzierten, des Konsums. So stand für Galbraith 1958, wie gesehen, die Produktion im Vordergrund. Noch die neu sich herausbildenden Bedürfnisse waren für ihn produktionsgetrieben, resultierten vor allem aus den neuen Angeboten und Werbestrategien, obwohl darüber hinaus dem sozialen Vergleich (man muss das haben, was der Nachbar hat oder mehr/besseres als dieser) ein eigenes Gewicht zuerkannt wurde. Mit einer ›vernünftigen‹ Ausrichtung der Produktion jedenfalls würde sich das Ziel des allgemeinen Wohlstands erreichen lassen. Insofern kann man sagen, dass Galbraith noch mehr dem Denken der Notwendigkeitgesellschaft verpflichtet war, gegen

das er auftrat.⁷ Als frühes Anzeichen der neuen Aufmerksamkeit für den Konsum kann dessen aufkommende Kritik aufgefasst werden. Schriften aus den 1950er Jahren von Habermas (1973) stehen dafür und folgen ihrerseits den in den USA entwickelten ›Kulturindustrie‹-Thesen von Horkheimer/Adorno (1997). Diese Kritik ging gerade davon aus, dass über den Konsum die Produktionsstrukturen noch die entferntesten Lebenssphären dominierten: »Dem Arbeitsvorgang in Fabrik und Büro ist auszuweichen nur in der Angleichung an ihn in der Muße« (ebd.: 145).

Die weitere Bedürfnisdiskussion, wie oben dargestellt (1.2), verweist darauf, dass den KonsumentInnen und dem Konsum selbst in der Folge eine immer größere Bedeutung zukam, nicht zuletzt im verbraucherpolitischen Kontext. Offe (1981: 123ff.) macht geltend, dass man sich über Bedürfnisse schlicht täuschen könne und dies um so mehr, als sie sich einerseits nicht mehr auf traditionelle Gewissheiten und Gewohnheiten berufen können und andererseits durch die Zunahme von Angeboten und Optionen ein gesteigerter Entscheidungsdruck entsteht – damit sind bereits die wesentlichen strukturellen Probleme vorformuliert, auf die sich noch aktuelle Konsumismusthesen stützen. Offe reflektiert eine relativ eigenständige, ausdifferenzierte Konsumentenrolle. In seinen verbraucherpolitischen Überlegungen scheint es ihm sogar angezeigt, eine stärkere Rückbindung der Konsumentenperspektive an die Produzentenrolle (an Arbeit) zu befürworten. Überhaupt deutet das verstärkte Interesse an Verbraucherpolitik an, dass sich zwischenzeitlich allzu optimistische Annahmen zur ›Konsumentensouveränität‹ nicht erfüllt hatten (Krol 1981). Zwar sehen sich Konsumierende in der Massenkonsumgesellschaft in einer neuen Position, nämlich der von Wählenden. Aber diese Beseitigung des Mangels und der Übergang zum Überfluss führen deshalb nicht zu Entspannung und verbreiteter Zufriedenheit. Seitdem die Unternehmen nicht damit rechnen können, dass gerade *ihre* Produkte durch die KonsumentInnen gewählt werden, stehen sie im gesteigerten Wettbewerb um die KonsumentInnen, einschließlich verstärkter Beeinflussungsversuche. Allgemein gewannen also die Konsumenteninteressen an Gewicht (›Verbrauchermacht‹). Zugleich musste die Konsumentenposition aber durch Verbraucherpolitik gestärkt werden, da sich Produzenteninteressen als strukturell durchsetzungsstärker erwiesen (Offe 1981).

Aber nicht nur eine strukturell relativ eigenständige Konsumentenposition (neben Produzent und Staatsbürger) bildet sich in modernen Industriegesellschaften heraus. Jenseits eines naiven Konzepts von ›Konsumentensouveränität‹

7 Auf weiter reichende Analysen von Riesman zur selben Zeit gehe ich im Abschnitt 4.1 ein.

des ›rationalen Verbrauchers‹ wird zunehmend die kulturelle Bestimmung der Konsum- und Handlungsmuster betont, so von Bourdieu (1999 [1979, dt. zuerst 1982]) und Douglas/Isherwood (1979). Wenn man erst einmal allgemein verbreiteten Konsum voraussetzen kann, zeigt sich schnell, dass er entlang soziokultureller Kriterien erfolgt und eine symbolische Ordnung reproduziert oder auch transformiert. Darüber hinaus machte de Certeau (1988 [1980]) in dieser Zeit darauf aufmerksam, dass Konsumhandeln sich nicht durch restriktive Vorgaben determinieren lässt, sondern sich mehr oder weniger kreative Freiräume schaffen kann. Wie ein Produkt Verwendung findet, ist durch die Produktion und das Produkt keineswegs festgeschrieben. In diesem Sinne entwickelte sich (im englischsprachigen Raum) seit den 1980er Jahren eine breite und anhaltende Forschung zur ›consumer culture‹, die sich den Konsumpraktiken und deren relativ eigenständigen Bedeutungs(re)produktionen widmet (vgl. Sassatelli 2007):

»Indeed, products exist as culture through the practices which entangle them in lived social relationships. Yet, the economic value of a commodity is, to a degree, independent of the particular meanings which may be given to it, or the specific uses it may be put to in everyday life. (...) consumption takes places in institutional contexts which exist as relatively separated fields of practice against the background of commoditization« (ebd.: 196).

Noch einen Schritt weiter gehen die gesellschaftsdiagnostischen Entwürfe von Beck (1986), Schulze (1992) und Gross (1994), auf die auch Kneer (2001: 429f., 435, 440) als relevant für die Überflussgesellschaftsdiagnose verweist. Sie gehen insofern weiter, als sie nicht nur neue Freiheiten *im Konsum*, sondern eine ganz neue gesellschaftliche Situation ausmachen, die einen grundlegenden Wandel begründet und eine entsprechende neue Analyseperspektive erfordert. Im Motiv folgen sie damit Galbraith, der die ›Überflussgesellschaft‹ von der ›Mangelgesellschaft‹ absetzte, um dann die Gesellschaft unter der Prämisse des Überflusses, nicht des Mangels, neu zu betrachten. In vergleichbarer Weise haben zuletzt Ransome (2006) und Stehr (2007) auf die Besonderheiten der Überflussgesellschaft Bezug genommen.

In Becks »Risikogesellschaft« (1986: 124) steht das bekannte Bild des »Fahrstuhl-Effekt« für einen »kräftigen historischen Ruck«, für einen »*Umbruch im Verhältnis von Arbeit und Leben*«:

»Es handelt sich also um einen Freisetzungsschub, der nicht in, sondern außerhalb der Erwerbsarbeit die Lebensbedingungen der Menschen in Bewegung gesetzt hat. Die neuen materiellen und zeitlichen Entfaltungsmöglichkeiten treffen zusammen mit den Verlo-

ckungen des Massenkonsums und lassen die Konturen traditionaler Lebensformen und Sozialmilieus verschwinden« (ebd.).

Obwohl der »Fahrstuhl« die sozialen Ungleichheiten nicht aufhebt, ändert er doch gesellschaftlich etwas Grundsätzliches für tendenziell alle, also auch für die, die weiterhin am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchien leben, so die Diagnose. Denn auch sie kommen in eine Situation, die eine, mit Galbraith gesprochen, zumindest von elementarem Mangel und materieller Not freie ist und damit Individualisierungschancen eröffnet. Ganz in diesem Sinne begründete dann Schulze (1992) mit dem Übergang zur Überflussgesellschaft einen Mentalitätswandel hin zur »Erlebnisorientierung«, wobei er die Individualisierungen in Milieus einbindet. Ransome (2006) sieht auf der statistischen Basis der Einkommensentwicklung für das zeitgenössische Großbritannien die Bezeichnung »affluent society« gerechtfertigt. Dass die Beteiligung am Überfluss eine graduelle ist, stellt er damit nicht in Abrede. Die Teilnahme am Konsum (in Menge und »qualitativer« Ausprägung) und der soziale Wandel (von »work-based« zu »consumption-based« Orientierungen) fallen folglich durch Ungleichheiten gebrochen aus. Insbesondere macht Ransome darauf aufmerksam, dass Arbeit nicht zwangsläufig an Bedeutung verliere, wenn die des Konsums steigt. Statusunterschiede lassen sich weiterhin an Berufspositionen bemessen und vor allem setzt ausgedehnter Konsum gestiegene Einkommen voraus. In der Überflussgesellschaft lässt sich beobachten, dass das Interesse an Arbeit nicht abnimmt und dass statt mehr Freizeit anzustreben einem kostenintensiveren Konsum tendenziell der Vorzug gegeben wird. Hier wird gewissermaßen das Galbraithsche Paradox, dass der Produktion im Überfluss höhere statt geringere Aufmerksamkeit zukomme, als Wahloption gedeutet. Das Festhalten an oder sogar die Intensivierung von Arbeit widerspricht deshalb nicht der Überflussgesellschaft, weil sie selbst eine gewählte Option ist: die Wahl der weiteren Steigerung des Konsumpotenzials.

Steier (2007) schließlich verknüpft den Überfluss mit seinen Überlegungen zur Wissensgesellschaft: »Obwohl Reichtum und Bildung keineswegs gleich verteilt sind, sind beide weiter verbreitet als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit« (ebd.: 18).⁸ Aus dem Zuwachs an Wohlstand und Information resultiert für ihn eine neue moralische Durchdringung wirtschaftlichen Handelns, der Produzierenden wie Konsumierenden, und bis in die Marktinstitutionen und

8 Noch etwas pointierter: »Das Wachstum eines selbstbewussten Individualismus und der wachsenden Klugheit in modernen Gesellschaften repräsentiert den kulturellen Widerpart des gestiegenen materiellen Wohlstands« (ebd.: 185).

Waren selbst hinein: eben eine »Moralisierung der Märkte«. ⁹ Ausgeführt wird das vor allem an ökologischen Beispielen. Wie schon Galbraith kritisiert auch Stehr, dass diese neue Situation bislang keinen adäquaten Eingang in die Gesellschafts- und Wirtschaftsanalysen gefunden habe.

Einige Einwände gegen solche Ansätze liegen nahe und wurden, vor allem zu den früheren, vorgebracht. Insbesondere wurde bezweifelt, dass tatsächlich von einer Überflussgesellschaft im unterstellten Sinne ausgegangen werden kann und dass deren Optionen tatsächlich für (fast) alle gelten. Sie erscheinen in ökologischer (außer Beck) wie in sozialer Hinsicht als allzu »optimistisch« und selektiv. Der Optimismus von Galbraith im Aufschwung der Nachkriegszeit, der die sozialen Ungleichheitsfragen für weitgehend gelöst hielt und der globalen ökologischen Krisenwahrnehmung noch voraus lag, kann nicht ungebrochen fortgesetzt werden. Bei den genannten Autoren finden sich entsprechende Relativierungen, die zum Teil sicher den Charakter von Randnotizen haben, aber mitunter auch zu Korrekturen und Weiterentwicklungen führten. ¹⁰ Sinnvoll bleibt es jedenfalls, neben notwendiger Kritik, am Verdienst solcher Überlegungen und Beobachtungsperspektiven festzuhalten. Das besteht, negativ formuliert,

9 Mit Bezug auf Durkheim geht er davon aus, dass Wirtschaft immer eine normative Basis hat. Insofern wird nicht ganz klar, warum von einer *Moralisierung* als *neuer* Entwicklung gesprochen wird. Dieses Problem wird zwar angesprochen (ebd.: 27), aber nicht aufgelöst. Gemeint ist eigentlich nicht eine *Moralisierung*, welche die bloßen Interessenkalküle verdrängt, sondern dass Moral und Kalkül als untrennbar anzunehmen sind (ebd.: 67). »Moralisierung« fällt allerdings begrifflich beinahe unausweichlich in das Entweder-Oder, weil es nur die andere Seite betont. An dieser Stelle kann lediglich darauf verwiesen werden, dass andere Autoren versuchen, durch neue Begrifflichkeiten/Begriffsstrategien solche Dualismen grundsätzlicher zu unterlaufen (so Latour 2001, Boltanski/Chiapello 2001, 2003).

10 Ransome (2006: 39) konstatiert etwa ein moralisches Dilemma »that even a small minority of the population are living not only in non-affluent, but in poor circumstances when so many others are at or above the average«. Beck stellt heute seine frühen Ungleichheitsthesen aus »kosmopolitischer« Sicht selbst in Frage (2008: 17) und setzt an die Stelle seiner bekannten Formel, dass Not hierarchisch, Smog demokratisch sei: »Klimawandel ist beides: hierarchisch und demokratisch« (ebd.: 39). Zur *Moralisierungsthese* wird Kapitel VI 2 in dieser Studie Anschauungsmaterial dafür liefern, was *Moralisierung* auch heißen kann, nämlich eine Kommunikation von Nachhaltigkeit, die dennoch ökonomisch dominiert bleibt.

im Verzicht darauf, eine allgemeine Mangeldiagnose¹¹ zu unterstellen und entsprechend Mangelbehebung anzustreben. So werden andere Sichtweisen möglich, die andere Probleme erkennen lassen oder die im Erscheinungsbild selben in anderer Weise, nämlich als ›Überflussprobleme‹. Was sonst als »Siege« (Beck 2008: 55), als Erfolge bei der andauernden Mangelbeseitigung weiter angestrebt wird, kann sich dann leicht selbst als krisenrelevant herausstellen, was gerade in ökologischer Hinsicht deutlich ist. Aber auch bezogen auf Ungleichheitsfragen kann man weiter gehen und sagen, dass solche Ansätze – zumindest implizit – sogar *neue Integrationsansprüche* stellen: Es wird jetzt nicht mehr reichen, allein materielle Teilhabe im Sinne elementarer Bedürfnisbefriedigung (Mangelbeseitigung) zu berücksichtigen, sondern es müssen *allen Chancen eigenständiger Lebensgestaltung* eröffnet werden. Dies wird im Abschnitt zum flexiblen Überfluss (4.1) noch genauer ausgeführt werden.

Von Überfluss statt Mangel auszugehen vernachlässigt also nicht vorhandene Probleme, sondern deutet sie aus anderer Perspektive. Um das noch überzeugender nachvollziehbar zu machen, ist es möglicherweise hilfreich, eine ausdrücklich ›pessimistische‹ Lesart auf der Basis vergleichbarer Annahmen heranzuziehen. Eine solche entwirft Bauman (2003) mit seiner konsumgesellschaftlichen Diagnose als der »negativen Utopie einer flüchtigen Moderne« (ebd.: 23). Auch für ihn gibt es einen Wandel, der einerseits von hergebrachten Zwängen befreit, zum anderen eine Vielzahl neuer Optionen bereithält. Allerdings stellen die erreichten Konsummöglichkeiten laut Bauman keineswegs einen Freiheitsgewinn, sondern eine neue Knechtschaft dar, wenn »die postmoderne Gesellschaft ihre Mitglieder in erster Linie als Konsumenten und nicht als Produzenten *in die Pflicht nimmt*« (ebd.: 93, meine Hervorhebung S.L.). Das bezieht sich nicht nur auf das Einkaufen, sondern zielt auf ein konsumistisches Handlungsmuster, welches alle Lebensbereiche bis ins private Liebesleben hinein durchdringt: »Consuming Life« (Bauman 2007). ›Befreit‹ von Maßstäben und Kriterien, die traditionelle Lebensformen, aber auch die ›feste‹ Moderne boten, stehen die

11 Aus Konsumperspektive wird diese Mangeldiagnose allerdings mitunter selbst (mit-) konstruiert. Die Zuordnung des Konsums zum ›Reich der Freiheit‹, dagegen der Arbeit zum ›Reich der Notwendigkeit‹ (»(...) since work is the primary means of satisfying our survival needs«, Ransome 2006: 2) wird differenzierten Arbeitsverständnissen kaum gerecht. Wo Arbeit als Quelle von Zufriedenheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung aufgefasst wird (exemplarisch nur Sennett 2008), greift eine Kritik an deren ›Asketismus‹ und Fixierung auf ›Überlebenssicherung‹ zu kurz. Dass Konsum und Arbeit überdies keineswegs eindeutig zu trennen sind, darauf sei hier nur verwiesen (vgl. Lorenz/Rosa 2009).

KonsumentInnen einem Überangebot von immer neuen Gütern, Optionen und Sinngebungen gegenüber, was leicht in Überforderungen führen kann. Beispielhaft illustrieren lässt sich das an dem von Barlösius (1999: 22) beobachteten »Paradox, daß die historische Chance zum Eßgenuß in Verunsicherung, Appetitlosigkeit oder zwanghafte Ernährungsideologien umschlägt«. Wenn in immer mehr Lebensbereichen immer neue Wahlen getroffen werden müssen, nicht nur zu dem, was man kauft, sondern auch wo und wann man dies tut, darüber hinaus in Bereichen der sozialen (Zusatz-)Versicherungen oder den Strom-, Wasser- und Gasanbietern, die lange nicht zur Wahl standen – dann entsteht vermehrter Entscheidungsdruck und die Wahlfreiheit erscheint immer wieder als Wahlzwang: man kann nicht nicht wählen. Zudem sind die Wahlanforderungen häufig widersprüchlich: das vielfältigste Essen steht ebenso zur Auswahl wie die verschiedensten Diätprogramme, womit man sich in quasi-bulimischen Anreizstrukturen bewegt (vgl. Lorenz 2009d). Ohne zureichende Orientierung bleibe nur die Flucht nach vorn, so Bauman (2003), also immer weiter mitzurennen, wobei die Rücksichten auf andere, die gesellschaftlichen Solidaritäten, auf der Strecke bleiben müssten. In der konsumistischen Gesellschaft ist es vor allem anderen wichtig, möglichst selbst dabei zu bleiben. »Das wichtigste Mittel, sozusagen das Mittel zweiter Ordnung, ist dabei die Teilnahme am Rennen: Bleibt man im Rennen, so hält das den Glauben an andere Mittel und das Verlangen nach ihnen lebendig« (ebd.: 89). Neben den sozialen Konsequenzen der Desorientierung und der Solidaritätsverluste liegen auch die ökologischen Probleme auf der Hand (die bei Bauman aber nicht zentral sind). Die permanente Verfügbarkeit von Konsumoptionen, die als *Auswahlmöglichkeiten* prinzipiell gar nicht alle realisiert werden können und sollen, erfordert einen hohen Energie- und Ressourceneinsatz bei Produktion und Verteilung. Zudem bringt sie systematisch und unausweichlich – durch das permanente ›Veralten‹ des gerade noch Neuen – ökologisch folgenreiche Abfälle hervor.

In ökologischer Hinsicht wurde seit den frühen 1970er Jahren (Meadows u.a. 1972) immer wieder auf die Grenzen der Ressourcenverfügbarkeit verwiesen: um im Überfluss materielle Dinge produzieren zu können, bedarf es großer Mengen an Energien und natürlichen Ressourcen, die aber endlich sind. Der Verbrauch wiederum verursacht durch Verschleiß, über Abgase, Abwässer, Abraum usw. die Freisetzung von Schadstoffen, die ökologisch noch problematischer sind als der bloße Ressourcenverbrauch (BUND/Misereor (Hg.) 1996). Und schließlich drängte sich in den 1970er Jahren (in Deutschland) eine weitere Erkenntnis in diesem Zusammenhang auf, die Krohn/Hoffmann-Riehm/Groß (2011: 422) in die Formel fassen: »Müll kann man nicht wegwerfen«. All die im Überfluss produzierten materiellen Dinge sind nicht einfach weg, verschwinden

nicht einfach aus der Welt, wenn man sie nicht mehr braucht oder will. Sie erfordern allein durch ihr Dasein eine zunehmend aufwendige Befassung mit ihnen. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist sicher Atommüll, der auf für menschliche Maßstäbe unvorstellbare Zeiten hinaus das irdische Leben beschäftigen muss.

Es geht an dieser Stelle nicht darum, sich für eine der genannten Diagnosen zu entscheiden. Auf Konsumentenebene zeigen meine eigenen Studien, dass man genauso Baumansche Orientierungsmuster empirisch finden kann, wie man zugleich auf andere trifft – und für alle lassen sich gesellschaftstheoretische Referenzen ausweisen (Lorenz 2005, 2007a). Zeitdiagnostische Szenarisierungen arbeiten mit Überzeichnungen und bringen Erzählungen hervor, in denen vermutete Tendenzen betont werden, die sich aus der je eingenommenen Perspektive heraus plausibilisieren lassen. Entscheidend ist hier vielmehr die Mehrdeutigkeit der Szenarien, die aber ihrerseits alle *einen* Wandel voraussetzen und annehmen, der sich zentral mit der Annahme von Überfluss, repräsentiert in der Form des Konsumüberflusses, verbindet. Modernetheoretisch verallgemeinert steht dabei Enttraditionalisierungen die Optionenvervielfältigung gegenüber.

Festgehalten werden kann, dass die gesellschaftlichen Veränderungen zweifellos Resultate mit sich brachten, die sich für viele als vorteilhaft und attraktiv erwiesen. Die historisch gestiegene Verfügbarkeit und Bedeutung von Konsum eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten. Gerade deshalb entzündet sich Kritik daran, wenn der Zugang dazu nur unzureichend gewährleistet ist. Zugleich werden aber paradoxe und gegenläufige Effekte beobachtet, die die ›Segnungen‹ des Konsumüberflusses grundlegender in Frage stellen: sind die in Aussicht stehenden Optionen wirklich erstrebenswert, wenn sie zugleich die Einsätze immer weiter nach oben treiben, wenn es auf Kosten gesellschaftlicher Solidaritäten geht, wenn das ›Klima‹ im sozialen wie ökologischen Sinne dabei unwirtlich wird? Einerseits wird also allgemeiner Zugang gefordert, um allen Anteil an den Möglichkeiten zu eröffnen, andererseits wären grundsätzlichere gestaltende Korrekturen erforderlich, die destruktive Effekte vermeiden helfen. Überfluss ist eine Gestaltungsaufgabe und in diesem Sinne werden auch die Tafeln als Gestaltungsvariante im Überfluss zu untersuchen sein: denn sie nutzen die Überschüsse des Konsumüberflusses für ihr Engagement und stellen damit ebenso Wohltätigkeits- wie Nachhaltigkeitsgewinne in Aussicht.

Die Ausführungen zum Konsumüberfluss konnten die bereits im vorangegangenen Abschnitt genannten Probleme des Umgangs mit und des Zugangs zum (Konsum-)Überfluss weiter erläutern, die sich in der Überflussgesellschaft stellen. Wenn die Analysevorteile einer Überflusperspektive überzeugend de-

monstriert werden sollen, so lässt sich an dieser Stelle schließen, dann wird sie in jedem Fall die Frage des Zugangs qualifiziert aufnehmen müssen. Der folgende Abschnitt rückt deshalb den Zugang stärker ins Blickfeld und skizziert wichtige Diskussionen dazu. Daran kann die Qualifizierung der Überflusssperspektive anschließen, die ich dann mit der These vom flexiblen Überfluss vertreten werde.

3 UNGLEICHHEIT, ARMUT UND AUSGRENZUNG

Die Sozialstaatsentwicklung nimmt ihren Ausgang in den Sozialgesetzgebungen des 19. Jahrhunderts und kommt in den Überflussgesellschaften im Europa der Nachkriegszeit zur Entfaltung. – Die Kriege selbst spielten bei der Konstituierung »nationaler Solidargemeinschaften« eine beträchtliche Rolle (Lessenich 2008: 59f.). – In der Prosperitätsphase seit den 1950er Jahren wurde Sozialpolitik nicht länger nur als Nothilfe verstanden, »sondern (sollte) darüber hinaus Vorsorge für dauernde Sicherheit von Arbeit, Einkommen und Wohlfahrt aller Bürger gewährleisten« (Mikl-Horke 1999: 592). Weniger ambitioniert in dieser Hinsicht ist das US-amerikanische Modell und auch innerhalb Europas ist es möglich, Differenzen in der vorgesehenen Rolle des Staates zu typisieren (paradigmatisch: Esping-Andersen 1990). Dennoch lässt sich verallgemeinernd feststellen, dass der Sozialstaat nun nicht länger als mit ökonomischer Prosperität unverträglich verstanden wurde. Im Aufwind der deutschen »sozialen Marktwirtschaft« stand ein »Wohlstand für alle« in Aussicht (Wildt 2009, Eißel 2008: 61ff.), der durch den Sozialstaat abgesichert werden sollte.

Die vorangegangenen Abschnitte zeigten bereits, dass der Optimismus des Aufbruchs in zumindest ambivalente Ergebnisse in den Entwicklungen der Folgejahrzehnte mündete. Zweifellos ist der Konsumwohlstand seit den 1950er Jahren in nicht vorhersehbarer Weise gewachsen und schafft damit tatsächlich eine gesellschaftliche Situation, die in historisch ungekannter Weise Not und elementaren Mangel überwinden konnte. Gewisse Ungleichheiten wurden dabei akzeptiert, nicht zuletzt unter der Annahme, dass reichere Menschen im Konsum vorangingen, der auch *dadurch* immer breiteren Bevölkerungsteilen erschlossen würde (Wildt 2009: 310). Alle steigen in den »Fahrstuhl« nach oben, auch wenn sie aus unterschiedlichen Etagen starten und die unteren Fahrgäste den oberen immer mehr oder weniger weit hinterher sind.

Allgemeine Aufstiegsmuster beschreiben auch die Bourdieuschen (1999) Ungleichheitsstudien der 1970er Jahre, sofern sie, wie zuvor die Zivilisationstheorie (Elias 1998), von einer ästhetisierenden Distinktionslogik ausgehen.

Demzufolge setzen die oberen Klassen immer neue Standards und werden durch Nachahmung immer erneut verfolgt von den Angehörigen der mittleren Klassen. Freilich reproduzieren sich darin im Verständnis Bourdieus Klassenstrukturen, bei denen auf erhöhtem Niveau weiterhin sichtbar bleibt, wer die Maßstäbe vorgeben und wer diesen bestenfalls mit einigem Abstand folgen kann. Zudem finden sich im Habitus der Zugehörigen der unteren Klassen und in deren »Notwendigkeitsgeschmack« angelegte Orientierungs- und Handlungsmuster, die vom gesellschaftlichen Aufstieg abhalten. Dennoch ist eine gewisse soziale Mobilität möglich und konzeptionell in »Laufbahnen« vorgesehen, somit soziologisch nachvollziehbar.

Ältere Klassen- und Schichten-Modelle bildeten relativ konsistente Statuspositionen ab. Mit insgesamt wachsendem Wohlstand mehrten sich allerdings die »Statusinkonsistenzen« und die Mobilitäten im Statusgefüge. Im Gegensatz zu früheren Modellen konnte die dynamische Ungleichheitstheorie Bourdieus, unter anderem durch die Unterscheidung verschiedener Kapitalien und sozialer Felder, bereits eine Reihe von horizontalen (neben den vertikalen) Differenzierungen vorwegnehmen, die seit den 1980er Jahren zunehmend eingefordert wurden (Mogge-Grotjahn 2008: 48f.).

Spätere Lebensstil- und Milieu-Konzepte arbeiteten solche Differenzierungen heraus, die sich auf die Annahme von gesellschaftlichen Pluralisierungs- oder Individualisierungsentwicklungen stützten. Nicht länger die vor allem an der ökonomischen Stellung abzulesende vertikale Schichtung stand mehr als prägend im Vordergrund, sondern als bedeutender für soziale Ungleichheiten wurden kulturelle, ästhetisierende Differenzierungen ausgemacht.¹² Allerdings zeichnete sich seit den 1980er Jahren eine zunehmende und sich dauerhaft verfestigende Arbeitslosigkeit ab. Dass Bourdieu die von ihm rekonstruierte Ungleichheitsordnung prominent entlang von Berufspositionen abbilden konnte, kündigt nicht zuletzt davon, dass diese Ungleichheiten vor allem solche ungleicher Aufstiegschancen während der prosperierenden Nachkriegszeit, also in der durchgesetzten »Lohnarbeitsgesellschaft« im Sinne Castels (2000) waren, in der verbreitete Arbeitslosigkeit noch keine entscheidende Rolle spielte. Mit dem allgemeinen Anstieg von Arbeitslosigkeit sowie weniger standardisierten Erwerbsverläufen in veränderten Beschäftigungsformen erhöht sich allerdings er-

12 Solche Effekte wurden dort früh bemerkt, wo man sich mit den neuen Realitäten einer Überflussgesellschaft auseinander setzte: »in seinem neuen Wohnbezirk in der Vorstadt wird er [der Fabrikarbeiter, S.L.] gewissermaßen »horizontal« nach seinem Lebensstil beurteilt, nicht »vertikal« nach seiner Berufstätigkeit« (Riesman/Bloomberg 1973 [1957]: 82).

neut die Bedeutung der ökonomischen Sicherung als Ungleichheitskriterium, ohne dass deshalb die Pluralisierung von Lebensstilen an Bedeutung verliert.

Die dominierenden, seit den 1990er Jahren aufkommenden neuen Strukturmodelle folgen nur bedingt den früheren vertikalen Modellen. Sie unterscheiden im Wesentlichen nach ›innen‹ und ›außen‹, womit auf den zunächst in der politischen Öffentlichkeit Frankreichs geprägten Begriff der Exklusion Bezug genommen wurde.¹³ In Frankreich (vgl. Castel 2000 [1995], Paugam 1998), aber seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland, entwickelten sich entsprechende Analyseansätze. Für die deutsche Diskussion lässt sich die systemtheoretische Exklusionsbestimmung von den Ausgrenzungsdebatten unterscheiden, die unter den Begriffen Prekarisierung und ›Überflüssige‹ geführt werden.

Luhmann hatte 1995 den Exklusionsbegriff in seine Systemtheorie eingeführt. Exklusion bedeutet in diesem Theoriekontext den (kumulativen) Ausschluss von oder Verlust des Zugangs zu den gesellschaftlichen Funktionssystemen. Damit ist die Summierung mehrerer ›Teilexklusionen‹ gemeint, wenn zum Beispiel abgebrochene Ausbildung/Erziehung, Arbeitslosigkeit, mangelnder familiärer Rückhalt und unzureichende Gesundheitsversorgung zusammen kommen. Theoretisch bezeichnet die Unterscheidung zwischen In- und Exklusion eine begrifflich scharfe Trennung, so dass Stichweh (2010: 252) Exklusion am astronomischen Bild der »Schwarzen Löcher« illustrieren kann. Freilich vermerkt er daraufhin, dass »wenig (dafür) spricht, dass es Exklusion in der extremen Form des Abbrechens aller Kontakte zu allen Funktionssystemen gibt«. Zudem seien »Exklusionsbereiche« immer als »innergesellschaftlich ausgegrenzte Bereiche« zu verstehen (ebd.: 254), nicht als etwas der Gesellschaft äußeres. Schließlich rückt er In- und Exklusion begrifflich und strukturell sogar in ein hierarchisches Verhältnis. Exklusionen sind damit als kontrollierte (Beispiel Gefängnis), jedenfalls auf die ein oder andere Weise dominierte Inklusionen zu verstehen, in der Regel mit Anspruch auf »Resozialisation« (ebd.: 255), also ›richtige‹ Inklusion in die gesellschaftlichen Teilsysteme.

Prägender für die Ungleichheitsdiskussionen waren aber im letzten Jahrzehnt die anderen beiden Debattenstränge zu Prekarisierung (vgl. Dörre/Castel (Hg.) 2009) und ›Überflüssigen‹ (vgl. Bude 2008, Bude/Willisch (Hg.) 2008), die sich stärker an die französische Diskussion anschließen. Diese richtet sich nicht allein, aber doch in hohem Maße an der Integration durch Erwerbsarbeit aus. Dabei geht es keineswegs nur um die mit den erzielten Einkommen verbundene Kaufkraft, sondern besonders darum, dass die Systeme sozialer Sicherungen in den letzten Jahrzehnten eng an die Erwerbsarbeit geknüpft wurden. In diesem

13 Vgl. zur Begriffsrekonstruktion Stichweh (2010: 240ff.).

Sinne gilt in der »Lohnarbeitsgesellschaft« für Castel (2000: 13) »Arbeit (...) als Hauptstütze für die Verortung in der Sozialstruktur«. Das von Castel vorgeschlagene Zonen-Modell unterscheidet die Zonen der Integration, der Verwundbarkeit und der Entkoppelung, die jeweils mit stabiler Beschäftigung (»Normalarbeitsverhältnis«), prekärer Beschäftigung oder Ausschluss von Erwerbsarbeit einhergehen.¹⁴ Prekarisierung betont also vor allem die Verunsicherungen in der Arbeitswelt (das heißt die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und -rechten, Probleme kollektiver Interessenvertretung), in Verbindung mit Einschränkungen bei der sozialen Sicherung und den lebensweltlichen Konsequenzen (befürchtete und tatsächliche Statusverluste, Abstiege, Verarmung). Die »Überflüssigen« (oder Überzähligen, Entkoppelten, Entbehrliehen, Ausgeschlossenen, Ausgegrenzten, Exkludierten, Nutzlosen – die Begriffsvielfalt in der Debatte deutet Analyseprobleme an) stehen kategorial für diejenigen, die von Erwerbsarbeit und sozialen Sicherungen, möglicherweise auch von sozialen Beziehungen weitgehend ausgeschlossen sind. Umstritten bleibt mehr noch bei den »Überflüssigen« als den »Prekariern«, ob und inwieweit sich solche Kategorien personal zuschreiben lassen. Zum einen wird damit die Vorstellung genährt, dass die gemeinten Menschen ganz und dauerhaft »überflüssig« seien, zum anderen suggeriert sie individuelle Einzelschicksale, was weiterhin vorhandene typische Gruppenrisiken verdecke (so etwa Castels (2009: 29f.) Kritik des Exklusionsbegriffs).

Eine andere analytische Fassung der neueren, sozialstrukturell gedeuteten Ausgrenzungsprobleme, die sich beinahe als Syntheseangebot zwischen älteren Ungleichheitsmodellen, systemtheoretischer Exklusion und dem Zonen-Modell interpretieren lässt, hatte Offe (1996: 274f.) knapp skizziert. Er unterschied zwischen Gewinnern, Verlierern und »Überflüssigen«. Die beiden ersten sind Teil der kollektiven gesellschaftlichen Ressourcenkonflikte, wenn auch mit gegenläufigen Ergebnissen, eben als (eher) Gewinner oder (eher) Verlierer. »Überflüssige« sind dagegen ganz von den Möglichkeiten der Interessenartikulation und -verfolgung ausgeschlossen, wobei auch Offe eine »innere« (innergesellschaftliche) und gegebenenfalls teilweise Exklusion meint. »Ihnen mangelt die

14 Parallel dazu sieht das Modell in der Dimension Familie/Gemeinschaft die Unterscheidung von stabilen Beziehungsnetzwerken, dem Brüchigwerden dieser und schließlich der sozialen Isolation vor. Wobei der Autor selbst erklärtermaßen keine genaue Abhängigkeit zwischen Arbeits- und Sozialbeziehungsdimension feststellen kann (Castel 2000: 360f.). Dominant bleibt in der Castelschen Diskussion gesellschaftlicher Integration die Erwerbsarbeit.

Verkehrsberechtigung bzw. die basale Zahlungs- und Teilnahmefähigkeit für Teile oder die Gesamtheit des bürgerlichen Lebens« (ebd.: 275).

Für eine tatsächliche Synthese ist die Überlegung im Hinblick auf die Ausgrenzungsdebatten vermutlich zu strikt vertikal orientiert. (Die Horizontale ist bei Offe für die ethnisch/nationalistische Dimension vorgesehen (ebd.: 273).) Die ›Überflüssigen‹ sind für ihn im gesellschaftlichen Gefüge eindeutig ›unten‹ verortet. Ein Rekurs auf eine ›neue Unterklasse‹, wie bei Offe, wird in den Ausgrenzungsdebatten als zu sehr an US-amerikanischen Verhältnissen orientiert zurückgewiesen. Unstrittig ist wohl in der Diskussion, dass die Ausgrenzungsrisiken ›unten‹ deutlich höher sind; strittig ist, wie weit sie in die gesellschaftliche ›Mitte‹ reichen. Bislang greifen in der Mitte vor allem gefühlte Verunsicherungen und Abstiegsängste um sich – für die es gute Gründe gibt, die aber über die realen Risiken und Verluste hinausgehen (Böhnke 2006, Struck 2009).

Der Vorzug der Offeschen Fassung ist, dass mit ihr das Fortbestehen älterer Konflikte ebenso erfasst werden kann, wie eine eigene Qualität neuerer sozialer Probleme. Die Grenzziehungen werden dabei grundsätzlich als umkämpft vorgestellt, entlang von »zwei Demarkationslinien«. An der oberen finden Verteilungskämpfe statt, an der unteren »Kämpfe um Anerkennung und Inklusion« (ebd.: 282). Mit diesem dynamischen Verständnis wird bedacht, dass sich Positionen ändern können und dass sie sich nicht allein aus der Beobachterperspektive heraus festlegen lassen. Man bleibt damit auf die empirische Forschung verwiesen, die solche Auseinandersetzungen in der gesellschaftlichen Praxis erschließen muss. Die Teilnehmenden solcher Auseinandersetzungen müssen deshalb nicht im engeren Sinne als ›Kämpfende‹ ausgewiesen werden, werden aber grundsätzlich als aktiv Handelnde (nicht als bloße Opfer der Verhältnisse) aufgefasst. – Die Fallrekonstruktionen im Kapitel V werden zeigen, wie aktiv die Tafelnutzenden ihren Alltag gestalten und Handlungsmöglichkeiten ergreifen.

Damit eröffnen sich zudem Anschlussmöglichkeiten an die Armutsforschung. Hier werden sozialstrukturelle Ungleichheitskonzepte zum Teil distanziert zur Kenntnis genommen. Zwar haben sie ihren Sinn für die Ermittlung allgemeiner Risiken, bleiben allerdings für eine differenzierte Analyse von Armutsphänomenen recht schematisch. Ungleichheit wird insbesondere dann zum Problem, wenn Menschen dadurch in Armut kommen und ihnen zudem aus Gründen sozialer Ungleichheit die Mittel fehlen oder verwehrt werden, den Anschluss an die Normalitätserwartungen des gesellschaftlichen Lebens zu halten beziehungsweise wieder zu erlangen. Trotzdem werden nicht alle, die Armutsrisiken ausgesetzt sind, arm und umgekehrt können Menschen verarmen, für die dies sozialstrukturell nicht nahe lag. Insofern die neuere Ausgrenzungs-

forschung selbst solche Differenzierungen in Betracht zieht, bewegen sich Armuts- und Ausgrenzungsforschung aufeinander zu.

In diesem Sinne programmatisch lässt sich der Aufsatz »Von der Armut zur Ausgrenzung« von Paugam (1998) lesen. Darin ging es ihm um »eine Analyse der Prozesse, die von einer Notlage zur Ausgrenzung führen konnten, im Sinne einer Kumulation von Handikaps und einem immer stärkeren Bruch sozialer Bindungen« (ebd.: 133).

»Es handelt sich nicht mehr darum, eine oder mehrere soziale Gruppen, die faktisch ausgegrenzt sind, zu kennzeichnen, sondern vor allem darum, die Existenz eines Prozesses zu unterstreichen, der zu solchen Extremsituationen führen kann. Um zu diesem Ansatz zu gelangen, musste der Umweg über die Analyse prekärer Situationen führen, die dann als Ursache für die Ausgrenzung oder zumindest als einer der wesentlichen Gründe angesehen wurden. Dieser Erfolg des Begriffs der Ausgrenzung hängt somit zu großen Teilen mit dem kollektiven Bewusstsein einer Bedrohung zusammen, die auf immer größeren und ungenügend abgesicherten Teilen der Bevölkerung lastet« (ebd.).

Im Gegensatz zu klassischen Fragen sozialer Ungleichheit ginge es also nicht mehr darum, vor allem gesellschaftliche Großgruppen mit gegensätzlichen Interessen zu identifizieren. Vielmehr ist die Erkenntnis die, dass gerade keine solche Gruppenidentitäten oder -konstruktionen mehr die kollektive Interessenvertretung sichern, folglich neue Formen sozialer Sicherung gefunden werden müssten. Ausgrenzung steht für den weitgehenden Verlust des Zugangs zu Erwerbsarbeit und sozialen Sicherungen, aber auch dafür, dass die vormalige kollektive Basis zur Bearbeitung der Interessensdurchsetzung nicht mehr ausreichend gegeben ist.

Dass Paugam deshalb den Armutsbegriff nicht aufgibt, ist in seiner späteren Studie über »Die elementaren Formen der Armut« (2008) nachzulesen. Es sind drei solcher elementaren Formen, die er als integrierte, marginale und disqualifizierende Armut typisiert. Zur letzten heißt es: »Die *disqualifizierende Armut* steht eher im Zusammenhang mit der Frage gesellschaftlicher Ausgrenzung als mit Armut im eigentlichen Sinne, auch wenn die sozialen Akteure weiterhin beide Begrifflichkeiten verwenden« (ebd.: 117). Die deutsche Armutsforschung hat die Ausgrenzungsdiskussion ebenfalls aufgegriffen und hält ihrerseits zugleich am Armutsbegriff fest, spricht also – in diesem Sinne konsequent – von »Armut und Ausgrenzung« (Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn 2008).

Armut bleibt begrifflich umstritten, Ausmaß und Ausprägungen verändern sich sowohl über die Zeit als auch in einzelnen Staaten mit ihren verschiedenen Sozialsystemen und historischen Besonderheiten, verschwinden aber auch in den

reichen Ländern nicht. Mit Bezug auf OECD-Daten schreiben Kutzner/Nollert (2009: 8) zu den neueren Entwicklungen:

»Geändert hat sich auch die Zusammensetzung der Armen. Waren früher vor allem Obdachlose, chronisch Kranke, Invalide, Süchtige und Alte betroffen, sind es heute neben den Jugendlichen und Erwerbslosen mehr und mehr auch Erwerbstätige, deren Lohn die Armutsgrenze nicht überschreitet, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, kinderreiche Familien, Alleinerziehende. Die Armut nimmt vielfältigere Formen an. (...) Eines aber ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich geworden: Erwerbsarbeit allein ist kein ausreichender Schutz vor Armut.«

Neben allgemeinen Trends, Großgruppenrisiken oder ›Randgruppen‹-Phänomenen, sei vor allem »die Dynamik individueller Armutsverläufe« zu untersuchen, so Leisering (2008: 119). Diese stark an Becks (1986) »Risikogesellschaft« anschließende Perspektive macht darauf aufmerksam, dass Armut im Lebenslauf »häufig nur von kurzer Dauer« und insofern keine allein statisch zuzuschreibende ›Gruppeneigenschaft‹ ist (Leisering 2008: 118, vgl. Hauser 2008: 110). Während diese Erkenntnis »geeignet (ist), Armut zu entdramatisieren«, bedeutet sie allerdings zugleich, dass Armut sozialstrukturell eine deutlich größere Reichweite entwickelt, folglich potenziell mehr Menschen betreffen kann (Leisering 2008: 121f.). Ebenfalls in der Konsequenz dieses Ansatzes liegt, dass arme Menschen »nicht generell als passive Opfer externer Umstände oder Institutionen gesehen werden (können)« und »grundsätzlich als Handelnde zu konzeptualisieren« sind, die eigene Umgangsweisen mit und gegebenenfalls Überwindungsmöglichkeiten von Armut entwickeln (ebd.: 120).

In den Überflussgesellschaften ist es nicht gelungen Armut zu überwinden. Der zweifellos erreichte Überfluss bedeutet nicht einmal, dass Armut nicht sogar wieder zunehmen könne. Als neuerer Trend ist zudem auszumachen, dass selbst ausgeübte Erwerbsarbeit nicht automatisch eine ausreichende Sicherung gegen Armut bietet.

Ungleichheit, strukturelle Armutsrisiken und individuelle Armutsverläufe gestalten sich heute heterogener und ›flexibler‹. Das heißt aber weder, dass es keine ›Armutskarrieren‹ mehr gibt, noch dass es sich um eine besonders hoffnungsvolle Situation handelt. Die Ängste vor Verlusten – an Einkommen, materiellem Wohlstand, sozialen Sicherungen und Zugehörigkeiten – durchziehen das soziale Klima. Sie sind keineswegs unbegründet, auch wenn es im Wesen der Sache liegt, dass Befürchtungen sich auf (noch) nicht Reales richten und darüber hinaus die Risiken zum Teil überschätzt werden. Die Flexibilisierungen der Arbeitswelt und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme stellen erhöhte

Anforderungen an die individuelle Bewältigung von Armutsrisiken und tatsächlichen Armutserfahrungen. Zugemutete Eigenverantwortlichkeit wird schnell zur Überforderung, wo die Möglichkeiten zur Umsetzung fehlen, die ›flexiblen Unterstützungsangebote‹ nicht greifen¹⁵ und ›Versagen‹ als individuelles Scheitern zugerechnet wird. Bis in die Unterstützungsinstitutionen und -organisationen der Sozialen Arbeit hinein lassen sich Tendenzen der Spaltung beobachten, bei denen in einigen Bereichen noch Not gelindert, aber die Bekämpfung der Ursachen von Armut aufgegeben wird (Kessl/Schoneville 2010: 44).

Richtet man den Blick auf die Tafeln, so kann davon ausgegangen werden, dass Menschen sie nutzen, die in Armut und Ausgrenzung leben. Schon die üblicherweise bei den Tafeln vorgenommenen ›Bedürftigkeitsprüfungen‹ besagen, dass Tafelnutzende nur über geringe Einnahmen verfügen können. Die Armutsverläufe zu den und zeitlich gesehen möglicherweise durch die Tafeln hindurch, sind von vornherein als heterogen anzunehmen. Die Frage, wie weit solche Verläufe in die gesellschaftliche Mitte (zurück) reichen, ist durchaus relevant, aber nicht Gegenstand der Untersuchung.¹⁶ Auch das Ausmaß der erfahrenen Armutsintensität und Ausgrenzung wird sich unterscheiden, wobei die Tafelnutzenden als mehr oder weniger Handelnde (jedenfalls nicht lediglich als Opfer der Verhältnisse) zu betrachten sind, was in den bisherigen Tafeldebatten oft zu kurz kommt. Inwiefern sie zu den ›Überflüssigen‹ zu zählen sind und ob oder inwiefern dies eine geeignete Kategorisierung sein kann, ist erstens eine empirische Frage, in die, zweitens, die eigenen Deutungen ihrer Lebenssituation eingehen müssen und drittens – gegebenenfalls – eine graduelle Frage. Die Tafeln selbst erscheinen dabei zunächst als eine Option, Ausgrenzung und ›Überflüssigkeit‹ zu mindern. Inwiefern sie das einlösen können, also zur gesellschaftlichen Integration beitragen, wird Gegenstand der empirischen Analysen sein.

15 So etwa in der neueren Arbeitsmarktpolitik, deren ›Aktivierungen‹ deutlich hinter den Erwartungen und Proklamationen zurückblieben (vgl. Hirsland/Lobato 2010, Scherschel u.a. 2010).

16 Markus Jochimsen hat während seines Praktikums 2010, als Teil seines Bachelorstudiums am Institut für Soziologie in Jena, eine kleine Befragung an der Jenaer Tafel durchgeführt. In kurzen persönlichen Interviews befragte er an einem willkürlich gewählten Tag insgesamt 28 Personen. Bei 1 Auskunftsausschlag und 9 Personen ohne deutschen Bildungsabschluss, gaben von den verbleibenden 18 Personen 4 an, die Hochschulreife/Abitur erworben zu haben, darunter einmal mit Fachhochschul- und einmal mit Hochschulabschluss. Diese Angaben sind in keiner Weise repräsentativ, zeigen aber, dass auch Menschen mit höherem ›kulturellem Kapital‹ die Tafeln nutzen.

4 KONSEQUENZEN FLEXIBLEN ÜBERFLUSSES

Die Ausführungen der vorangegangenen Abschnitte zeigten Varianten von historischen und zeitgenössischen Überflussesdeutungen und -verteilungen. Der Umgang mit Überfluss erwies sich dabei als gesellschaftliche Herausforderung, für die unterschiedliche Umgangsweisen gefunden wurden: von der egalitären Genügsamkeit, über die ritualisierte Verhinderung der Reichtumsanhäufung oder die Legitimierung des Überflusses für ›ausgewählte‹ Minderheiten bis zu den Versuchen, die Paradoxien moderner Überfluggesellschaften zu bearbeiten. Es wurde ausgeführt, inwiefern der zeitgenössische Überfluss als Konsumüberfluss verstanden wird und dass sich mit der gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung des Konsums auch neue Integrationsanforderungen verbinden. Das wiederum heißt nicht, dass Armut der Vergangenheit angehören würde, vielmehr sind ausgeweitete Ausgrenzungsrisiken und -befürchtungen zu beobachten.

Im Folgenden wird es darum gehen, die auseinander strebenden Entwicklungstendenzen – von ›Konsumismus‹ bis ›Überflüssigkeit‹ – konzeptionell zusammen zu führen, wofür die Deutung des ›flexiblen Überflusses‹ vorgeschlagen wird (4.1). Sie schließt an die Ausführungen zur Konsumgesellschaft an, betont dabei aber deren historischen Wandel. Konsum als Wahlfreiheit in der Optionenvielfalt erscheint dann als *ein* bestimmtes Konsumverständnis und wird deshalb als flexibilisierter Konsum gekennzeichnet. Über diese Annahme lässt sich die Verbindung zu solchen Ansätzen knüpfen, die Flexibilisierungen im Bereich Arbeit und sozialer Sicherung beobachten und damit Ausgrenzungsprozesse analysieren. Es wird sich zeigen, dass im Konsumüberfluss wie bei Ausgrenzungen Fragen der Wahl von Optionen zur Lebensgestaltung analytisch entscheidend werden, genauer: die Unterscheidung von Wahlmöglichkeiten versus keine Wahl zu haben. Abschließend sind die Darstellungen und Überlegungen des Kapitels im Hinblick auf die empirischen Untersuchungen der Studie zu resümieren (4.2).

4.1 Flexibler Überfluss

Der Überfluss der Überfluggesellschaft wird heute, so war zu sehen, vor allem als Konsumüberfluss gedeutet. Historisch-soziologisch bestimmt Schrage (2009a) modernen marktvermittelten Konsum als »Verfügbarkeit der Dinge«. Damit intendiert er, strikt zwischen Konsumanalyse und -wertung zu trennen, da die normativen Zugriffe auf Konsum oft in diversen Kritiken mündeten, die die grundlegende Rolle des Konsums in modernen Gesellschaften nicht erfassen könnten (ebd.: 7f.). Freilich impliziert die Formel von der »Verfügbarkeit der

Dinge« ebenso moderne Versprechen und Hoffnungen, die sich ihrerseits kaum als ›wertfrei‹ auffassen lassen – nämlich entsprechend eigener Interessen und Vorstellungen auf etwas zugreifen zu können, das zuvor jenseits eigener Einflussmöglichkeiten lag. Berücksichtigt man diese normativen Implikationen, ergibt sich für die Analyse eine weitere Unterscheidungsmöglichkeit in zwei Varianten der Deutung von ›Verfügbarkeit‹. Hilton (2008) zeigt, wie sich historisch eine Bedeutungsverschiebung ereignet, die ihn dazu veranlasst, »the death of a consumer society« auszurufen. Die Konsumgeschichte habe nämlich für die Anfänge des modernen Konsums den *gesicherten Zugang* als zentralen Anspruch herausgearbeitet. Während die frühe Konsumgesellschaft dementsprechend die allgemeine Befriedigung von ›basic needs‹ in Aussicht stellte, änderte sich dieser Sinn der ›Verfügbarkeit‹ seit der Nachkriegszeit. Seitdem rücke der Konsum – die »Verfügbarkeit der Dinge« – im Sinne von *Wahlmöglichkeiten* in den Vordergrund. Dies ändere aber den Charakter der Konsumgesellschaft grundlegend. Der historische Wandel vom Anspruch allgemeiner Partizipation zu den Wahlmöglichkeiten rechtfertige es, vom Ende zumindest *einer* Konsumgesellschaft zu sprechen – Hilton schreibt ausdrücklich »the death of a«, nicht »of the consumer society«.

Die in den vorangegangenen Abschnitten verfolgte Analyse legt nahe, auf das historische Ende der Konsumgesellschaft die Überflusgesellschaft folgen zu lassen. Da aber heute Konsum und Überfluss eng verschränkt sind und sich das Verständnis von beiden geändert hat, bedarf diese Zuordnung einer weiteren Klärung. Dazu ist es hilfreich, noch einmal bei Galbraith (1998) und seiner Unterscheidung in Mangel- und Überflusgesellschaft einzusetzen. Dann lässt sich die in der Deutung Hiltons ›alte‹ Konsumgesellschaft, also die in ihrer vorrangigen Orientierung an elementarer Bedürfnisbefriedigung ausgerichtete, zugleich als eine Mangelgesellschaft bezeichnen. Solange es am Notwendigen allzu sehr fehlte, blieb es plausibel, die Hoffnungen zunächst darauf zu richten, dem verbreiteten Mangel abzuhelpfen. Galbraith's Deutung steht gewissermaßen an der Schwelle zur ›neuen‹ Konsumgesellschaft. Für ihn heißt Überfluss im Wesentlichen erst einmal, dass der Mangel überwunden wurde. Das bedeutet bei ihm aber noch nicht, das ›Reich der Notwendigkeit‹ ganz hinter sich zu lassen. Weiterhin stehen Arbeit und Produktion im Vordergrund, die sich nun zweifellos anders und in vieler Hinsicht angenehmer gestalten ließen. Aber ausgedehnte Konsumwelten, die es in ihren Wahlmöglichkeiten für die vielfältigsten Optionen der Lebensgestaltung zu erschließen gelte, die zumal nicht mehr nur Konsumgüter, sondern ebenso Erlebnisse und Sinnangebote umfassen – diese standen ihm nicht vor Augen. Galbraith proklamiert mit seiner Schrift, dass die Versprechen der ›alten‹ Konsumgesellschaft nun durchgesetzt seien. Es ist gerade dieser Appell,

den Galbraith an seine Zeitgenossen richtet, dass der historische Erfolg allgemein anzuerkennen sei, statt weiterhin den Mustern der Mangelüberwindung zu folgen und mental in deren Paradigmen gefangen zu bleiben.

Für solche Überlegungen gab es in den USA Ende der 1950er Jahre eine breitere Resonanz (vgl. Molitor 1959). Ebenfalls 1958 schrieb Riesman (1973a: 107ff.):

»Es ist erstaunlich, wie wenig wir die Probleme einer Zukunft im Wohlstand vorhergesehen haben; wir greifen lediglich auf Heilmittel zurück, die schon in der weniger wohlhabenden Vergangenheit keine Wirkung hatten, wie Individualismus, Sparsamkeit, harte Arbeit und Unternehmungsgeist auf der einen Seite, Harmonie, Zusammenhalten und Nett-zueinander-Sein auf der andern Seite. (...) indem wir alle Energien darauf konzentrieren, die Freiheit von Not zu bewahren und auf der Basis ständig luxuriöserer Maßstäbe die Konsumentensättigung zu fordern, gefährden wir zugleich auch das so Erreichte in einer Welt, in der es sehr viel mehr arme als reiche Nationen gibt und in der – sogar in unseren eigenen Reihen – noch viele andere Wünsche lebendig sind außer dem Wunsch nach den Dingen des Wohlstands.«

Riesman und Kollegen gehen in dieser Zeit insofern über Galbraith hinaus als sie zumindest die Frage aufwerfen, inwiefern eine eigenständige Konsumentenrolle »nicht ihre [der Fabrikarbeiter, S.L.] Gesamteinstellung zumindest ebenso stark beeinflusst wie ihre Sonderrolle als Produzenten« (Riesman/Bloomberg 1973 [1957]: 65). Ihre Analysen richten sich vor allem auf die Freizeit, die zunehmend die Alltagsrealität bestimme, neben der Arbeit und möglicherweise immer mehr als diese. Bei Riesman (1973a [1958]: 89) verknüpft sich Freizeit sogar bereits im Ansatz mit »Horizonten der Wahl«. Allerdings vermutet er Ende der 1950er Jahre dafür vergleichsweise enge Grenzen und nimmt an, »daß Leute, die sich einmal an die Normen des gehobenen Mittelstandes gewöhnt haben, im allgemeinen die Begeisterung für das bedenkenlose Geldausgeben für Konsumgüter verlieren« würden (Riesman 1973b: 269).

Wichtiger als die vorläufigen Antworten auf den Überfluss ist aber zunächst, überhaupt entsprechende Fragen aufgeworfen und über mögliche Konsequenzen nachgedacht zu haben. Die Feststellung einer weitgehenden Mangelüberwindung ist bereits bewegend genug und was darauf folgen soll, wie mit diesem historischen Erfolg umzugehen sei, das musste erst einmal erkundet werden. Man darf sich den so bezeichneten und wahrgenommenen Wandel durchaus krisenhaft und dramatisch vorstellen. So steht das emphatische Eingangszitat zu Beginn des Kapitels ebenfalls in diesem Zusammenhang: »We are a generation, prepared for Paradise Lost, who do not know what to do with Paradise Found« (Riesman

1958, zit. nach Molitor 1959: 188). Es ist sicher eher eine gründliche Irritation denn Verzweiflung, die sich darin ausdrückt, und offensichtlich vermutet Riesman, dass es sich im Wesentlichen »nur« um eine Generationenfrage handeln wird. Noch fundamentaler hatte aber bereits Keynes die sich auf historisch über-raschende Weise neu stellenden Herausforderungen vorweg genommen:

»Thus for the first time since his creation man will be faced with his real, permanent problem – how to use his freedom from pressing economic cares, how to occupy the leisure, which science and compound interest will have won for him, to live wisely and agreeably and well« (Keynes 1930, zit. nach Stehr 2007: 181).

Vielleicht ist es hilfreich, sich mit solch eindringlichen Worten an einen historisch erfahrenen Wandel erinnern zu lassen, der sich für die meisten Menschen in den reichen Ländern heute kaum noch erschließt. Seit dieser »Entdeckung« ist ein halbes Jahrhundert (zu Keynes acht Jahrzehnte) vergangen und die Überflussgesellschaften haben in dieser Zeit den materiellen Wohlstand massiv gesteigert. Für viele prägt ein im historischen Vergleich hoher materieller Lebensstandard ganz selbstverständlich das alltägliche Leben. So stellt sich die Frage, ob die reichen Gesellschaften ihr Paradies nicht nur gefunden haben, sondern ob sie nun auch darin angekommen sind? Schon die Äußerung Keynes' deutet an, dass es so einfach nicht ist mit dem Paradies, sondern dass die Freiheit von materiellen Zwängen beziehungsweise die »weise Einrichtung des guten Lebens« eher als eine dauerhafte Aufgabe (»permanent problem«) aufzufassen ist.

Die Einschätzungen darüber, inwieweit den Überflussgesellschaften die Gestaltungen ihrer gewonnenen Freiheiten im Sinne Keynes' und Riesmans gelungen sind, dürften auseinander gehen. Zwei einschränkende Beobachtungen lassen sich aber anschließen, die im Folgenden kurz diskutiert werden. Zum einen scheint gerade in der heutigen Wirtschaftspolitik weiterhin – oder sogar mehr denn je? – eine Mangelperspektive vorzuherrschen (Stichwort »Wachstumsbeschleunigungsgesetz«). Zum anderen zeigten die Ausführungen zu Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung, dass es nach wie vor große Probleme im Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum selbst »innerhalb«¹⁷ der Überflussgesellschaften

17 Es würde den Rahmen der Studie sprengen, umfassend auf die Ungleichheiten im globalen Maßstab einzugehen. Im Kapitel IV 5.4 (vgl. Lorenz 2011) wird aber die transnationale Bedeutung der Tafel- beziehungsweise *Food Bank*-Verbreitung dargelegt. Man wird heute in globaler Perspektive von einer tendenziellen Ausbreitung der Überflussgesellschaften sprechen können. Mit den Stichworten »New Consumers« (Myers/Kent 2004) und »transnationale Verbraucherklasse« (Wuppertal-Institut 2005)

gibt. Während es für Galbraith bereits als ausgemacht galt, dass Ungleichheits- und Armutsprobleme nahezu gelöst, jedenfalls zu lösen seien, scheint es heute, dass nur noch »Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft« (Bude 2008) zu registrieren bleibt.

Konsumüberfluss und Quasi-Mangel

Zunächst zum ersten Punkt, der weiter vorherrschenden Mangelperspektive. Dieser kann hier nicht umfassend analysiert werden, bietet aber Gelegenheit, den begonnenen Überlegungen zur Bestimmung von Konsum und Überfluss weiter nachzugehen. Die Frage lautet also: In welchem Verhältnis steht Konsumüberfluss zur Mangelperspektive? Das »alte« Verständnis von Konsumgesellschaft bezieht sich auf einfache Bedürfnisbefriedigung und damit ersichtlich auf eine Mangelgesellschaft. Die erste Bestimmung der Überflusgesellschaft (Galbraith) konstatierte die Einlösung des Versprechens dieser Konsumgesellschaft, dass nämlich allgemeiner Zugang zur materiellen Bedürfnisbefriedigung erreicht sei. Für ein Verständnis der Überflusgesellschaft als Konsumgesellschaft im oben (Abschnitt 2) ausgeführten Sinne reicht das aber noch nicht aus. Die Analyse von Hilton (2008) besagt nun, dass es Kennzeichen des Nachfolgers der Konsumgesellschaft sei, dass die Wahlfreiheit als zentraler Bezugspunkt den der gesicherten Befriedigung von »basic needs« ablöst. Das eröffnet die Möglichkeit, den Flexibilitätsbegriff einzuführen – der unten noch ausführlicher diskutiert werden wird –, denn man kann diesen historischen Übergang dahingehend bestimmen, dass *Konsum flexibilisiert* wird. Statt die Einlösung des Notwendigen zu realisieren wird Konsum jetzt zum Medium der *Optionen und Wünsche, die als flexibilisierte Angebote zur Wahl stehen und auf die flexibel zugegriffen* werden kann.

Das moderne Versprechen einer »Verfügbarkeit der Dinge« folgt mit dem flexibilisierten Konsum einer neuen Deutung. Diese aber verbindet gerade Konsum und Überfluss, wie im Abschnitt zur Überflusgesellschaft als Konsumgesellschaft dargelegt. Denn Überfluss heißt per se, dass mehr als notwendig vorhanden ist und folglich *zur Wahl* steht. Erst der Überfluss ermöglicht die Flexibilisierung des Konsums – und erst der flexibilisierte Konsum macht die Konsum-

lässt sich andeuten, dass auch in insgesamt ärmeren Ländern für Teile der Bevölkerung ein konsumintensiver Lebensstil nach »westlichem« Muster möglich wird. Umgekehrt sieht das Wuppertal-Institut in den reichen Ländern Teile der Bevölkerung (in der Größenordnung von etwa zehn Prozent) weitgehend vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen.

gesellschaft zur Überflusgesellschaft im zeitgenössischen Verständnis. Da aber bereits Galbraith (und andere) von Überflusgesellschaft sprach, damit gleichwohl noch etwas anderes meinte, soll *das heutige Verständnis als ›flexibler Überflus‹* charakterisiert werden beziehungsweise von der *›flexibilisierten Überflusgesellschaft‹* die Rede sein. Das ist zweifellos ein Pleonasmus (= »Überflus«, »Übermaß«), da Überflus per se im beschriebenen Sinne flexibel ist (im Gegensatz zum Konsum, der flexibilisiert wurde), hat aber den Vorzug, eindeutig zu sein.

Die Umstellung von Bedürfnisbefriedigung auf Wahlfreiheit macht nun auf den Grund aufmerksam, warum weiterhin an einer Mangelperspektive festgehalten werden kann – jedenfalls auf *den* Grund, der im Zusammenhang mit der hier angestellten Überlegung ausgeführt werden kann. Der flexibilisierte Konsum bemisst sich nicht länger an Notwendigkeiten. Mit der Orientierung an Wünschen und Optionen fallen die Grenzen weg, die Notwendigkeitskonsum immer impliziert. Denn Wünsche und Optionen sind grenzenlos generierbar, also nie letztlich zu erreichen. Auf diese Weise ergibt sich eine Quasi-Mangelsituation (im engeren ökonomischen Sinne eine Form von Knappheit), da nie das erreicht wird, was die Wünsche und wahrgenommenen oder vorgestellten Optionen bereits aufs Neue im Sinn führen und sich ausmalen. Die Grenzenlosigkeit des flexibilisierten Konsums bringt gewissermaßen ihren eigenen Mangel mit sich, der freilich nicht mit Notwendigkeits-Mangel verwechselt werden darf.

Wählen können oder keine Wahl haben

Nach dieser ersten Klärung zur Frage, inwiefern die Überflusgesellschaften in ihrem ›Paradies‹ angekommen sind, kann zum zweiten Punkt übergegangen werden. Nicht nur Ungleichheit, sondern auch Armut ist weiterhin präsent und neuere Ausgrenzungspänomene stellen die Überflusgesellschaften vor große Integrationsherausforderungen. In den Diskussionen darüber und in den Diagnosen zum Wandel der Arbeitswelt und zur sozialpolitischen Neuausrichtung des Sozialstaats ist der Begriff der Flexibilisierung geläufig. Es sind die dort beschriebenen Flexibilisierungen der Arbeits- und der sozialstaatlichen Sicherungsverhältnisse, durch die Arbeitnehmern und Sozialstaatsklienten neue Optionen eröffnet werden sollen, sie an bislang geltenden Sicherheiten einbüßen und die ihnen zugleich ein höheres Maß an individuell ›eigenverantwortlichem‹ Handeln zurechnen. In der Terminologie der dargestellten Ausgrenzungsdebatten wird man in diesem Zusammenhang von Prekarisierung und gegebenenfalls von ›Überflüssigen‹ sprechen. Als letztere müssen diejenigen gelten, die mit den neuen Aktivitäts-Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Sozialbürokratie

nicht mitkommen, die die Forderungen, die das Fördern konditionieren, nicht einlösen können und so Ansprüche auf soziale Sicherung verlieren.¹⁸

Um Überfluss, Flexibilisierung und Ausgrenzungen in einem ersten Schritt analytisch zusammenzuführen, bietet es sich an, noch einmal auf die konzeptuelle Fassung Offes (1996) zurückzugreifen. Diese unterscheidet Gewinner, Verlierer und ›Überflüssige‹. Verlierer sind nun diejenigen, die von den neuen Anforderungen in Arbeit und sozialen Sicherungen ›aktiviert‹ werden (sollen) und auf diese Weise ihren Lebensunterhalt und ihren Alltag bestreiten. Im Gegensatz zu den ›Überflüssigen‹ sind sie zwar weiter im ›Spiel‹, haben aber mehr reaktiven als gestaltenden Anteil daran. In Bezug auf (im weiteren Sinne Konsum-)Überfluss lässt sich diese Unterteilung nun auf informative Weise reformulieren: in diejenigen *im* Überfluss, die wählen können, diejenigen *am* Überfluss, die wählen müssen, und die *vor* (oder neben) dem Überfluss, die keine Wahl haben. Gewinner sind demnach diejenigen, die entsprechend eigener Vorstellungen und Wünsche *wählen können*, nicht nur Konsumgüter, sondern beispielsweise eine interessante und einkommensträchtige Arbeit oder auch einfach mal nicht ›mitzumachen‹. Verlierer sind die, die vor allem *wählen müssen*. Das heißt zugleich, dass sie grundsätzlich auch (noch) wählen können, also einen gewissen Anteil am Überfluss haben. Dafür müssen sie freilich einiges aufbieten um mitzuhalten, was eher eine Zumutung darstellt. Man muss zum Beispiel bestimmte ›Angebote‹ des Arbeitsamtes wählen, wenn man nicht sanktioniert werden möchte – aber man bekommt immerhin ein ›Angebot‹ und könnte es formal betrachtet auch ablehnen. Man muss einem bestimmten Dresscode folgen oder ein bestimmtes technisches Equipment vorweisen, wenn man dazugehören oder zumindest nicht auffallen will. Aber auch wenn man schmerzhaft viel vom eigenen Geld dafür ausgeben muss, kann man es doch leisten, und man könnte sich formal betrachtet auch dafür entscheiden, lieber aufzufallen als Geld auszugeben. Man muss eine Krankenversicherung, einen Strom- und einen Telefonanbieter wählen, auch wenn die Entscheidung eigentlich eine Überforderung darstellt und die Kosten einer ›Fehlentscheidung‹ spürbare längerfristige Verluste und Einschränkungen zur Folge haben. Die Grenzziehungen zwischen Gewinnern und Verlierern sind, ganz im Sinne Offes, umstritten und können sich verändern. Und ebenso wie ›Verlierer‹ letztlich immer noch eine Wahl haben, kann man sich umgekehrt soziologisch keine gesellschaftliche Position denken, die völlig frei von jedem Wahlzwang wäre. Bei den ›Gewinnern‹ geht es freilich mehr darum, *dass* man sich überhaupt entscheiden muss und vielleicht noch um den größtmöglichen

18 Zum Beispiel, wenn noch Leistungen des Arbeitslosengeldes II gekürzt werden, obwohl dessen Höhe eigentlich als Existenzminimum gelten soll.

Gewinn. Bei den ›Verlierern‹ dagegen fallen die Wahloptionen eng begrenzt aus und zielen eher auf das kleinere Übel. Entscheidend ist aber, dass einzelne für sich, über kollektive Interessenvertretungen sowie institutionelle Absicherungen grundsätzlich Möglichkeiten der Interessenartikulation und -durchsetzung haben.

Ausgrenzungen dagegen ereignen sich nach diesem Schematismus dort, wo man den Überfluss zwar vor Augen, aber selbst *keine Wahl mehr* hat und keine Unterstützungsstrukturen zu einer Wahl verhelfen. Wenn der Strom abgestellt wird, man keinen Telefonvertrag bekommt und Prepaid zu viel auf einmal kostet, Gewerkschaft und Verbraucherberatung nicht zuständig und die Freunde unerreichbar weit (beziehungsweise teuer) weggezogen sind, die Ausbildung zu lange her ist und vom Arbeitsamt kein Angebot kommt, nicht mal zu einer ›Maßnahme‹, dann ist der Anschluss an das gesellschaftliche Leben kaum noch gegeben. Jenseits solcher Beispiele zum Zwecke der Anschaulichkeit gilt aber auch hier, dass die Grenze zwischen ›Verlierern‹ und ›Überflüssigen‹ prinzipiell eine umstrittene ist. Ob das Arbeitsamtsangebot unter den arbeitsmarktpolitischen Vorzeichen ›strenger Zumutbarkeit‹ bereits eine Zumutung darstellt, die gerade keine Wahl mehr lässt, muss analytisch offen bleiben (es fällt auf jeden Fall hinter vormalige Standards zurück). Grundsätzlich ist auch der in der vorliegenden Studie besonders interessierende Fall des Gangs zur Tafel als eine Wahlentscheidung zu betrachten, denn es gibt offensichtlich keinen Tafelzwang. Dennoch ist die Wahl der Tafel eine völlig andere als die im Supermarkt oder auf dem Arbeitsmarkt. Was an dieser Grenze zwischen Verlierern und ›Überflüssigen‹, zwischen Wählen-müssen und Keine-Wahl-haben, umstritten bleibt, sind letztlich die elementaren gesellschaftlichen Lebensstandards und Lebenschancen und der Zugang dazu, in der offiziellen Begrifflichkeit das »soziokulturelle Existenzminimum« (vgl. Kapitel I 1,3). Die Auseinandersetzungen darum werden in der politischen Öffentlichkeit und zwischen verschiedenen Interessengruppen geführt. Sie finden aber ebenso im Alltag statt, auch und gerade für die, die sich in den öffentlichen Interessenartikulationen nicht repräsentiert finden.¹⁹

Der Übergang zur Überflussgesellschaft hat für diese Gesellschaften insgesamt dazu geführt, dass der elementare Mangel und die existenzielle Not früherer Gesellschaften überwunden wurden. Nicht verschwunden ist damit Armut, und es stellen sich zudem neue Ausgrenzungsprobleme. Diese sind aber nicht länger als Mangelprobleme aufzufassen, sondern lassen sich besser als Überflussprobleme verstehen. Mangel bezieht sich immer auf bestimmte Notwendigkeiten, die nicht erfüllt sind. In einer Gesellschaft aber, die beständig über Not-

19 Dies kann auch die Form der Abgrenzung durch Abwertung anderer annehmen, wie es das Kapitel V 1.2 zeigt.

wendigkeiten hinausweist, für die die Ausrichtung auf wählbare Optionen zum Kern des Selbstverständnisses zählt, ist *diese* Notwendigkeit kein leitender Bezugspunkt mehr. Man wird deswegen immer noch bessere von schlechteren Wahlentscheidungen unterscheiden können, man wird sich um sinnvollere gegenüber unsinnigen Optionen streiten können, man kann und muss sogar – gerade weil die Notwendigkeit keinen Fixpunkt mehr liefert – über Kriterien verhandeln, nach denen die eine Option einer anderen vorgezogen werden soll, und man kann sich schließlich dafür entscheiden, auf bestimmte Optionen zu verzichten. Aber es handelt sich bei all dem nicht um Notwendigkeitsfragen der Bedürfnisbefriedigung, sondern um Gestaltungsfragen oder, mit dem zitierten Keynes, um Freiheitsfragen guten Lebens. Dass elementarer Mangel, wo er weiterhin auftritt, auch weiterhin Armut bedeutet, ist nicht zu bestreiten. Aber auch wenn das nicht der Fall ist, wenn der existenzielle Mangel beseitigt ist: solange *nur* Notwendigkeit erfüllt ist, handelt es sich immer noch um Ausgrenzung. Ausgrenzung heißt demzufolge, auf Notwendigkeit festgelegt zu werden statt anhand von Optionen gestalten zu können.

Was hier in einer ›überflussgesellschaftlichen‹ Terminologie formuliert wird, findet sich in ähnlicher Weise durchaus in bereits vorliegenden Konzepten wieder. Solche zu einem soziokulturellen Existenzminimum oder zu Teilhabegechtigkeit (vgl. Kapitel I 1,3), aber beispielsweise auch die Ausweitung der Menschenrechte über engste Schutzrechte hinaus, gehen ebenfalls davon aus, dass eine bloße Überlebenseicherung einer gesellschaftlichen Integration nicht (mehr) gerecht wird. Vielmehr wird eine grundlegende gesellschaftliche Teilhabe gefordert, die Chancen (Optionen) auf eine selbst bestimmte Lebensgestaltung enthalten. Sicherlich kann man auch dies wieder als eine Notwendigkeit bezeichnen, aber es ist eine andere Notwendigkeit, wenn man so will eine Notwendigkeit zweiter Ordnung: nicht die *Notwendigkeit der Erfüllung* elementarer Bedürfnisse, sondern eine *Notwendigkeit der Ermöglichung* gesellschaftlicher Teilhabe und Lebensgestaltung.

So analytisch präzise sich eine formale Unterscheidung von Wählen-müssen und Keine-Wahl-haben einführen lässt, so wenig lässt sie sich in der Sache akademisch festlegen. Die Grenze, darauf sei noch einmal ausdrücklich hingewiesen, ist eine in der gesellschaftlichen Praxis umstrittene. Sie verlangt nach – im weiten Sinne – politischer Klärung.²⁰ Deshalb sieht sich die Analyse auf empirische Rekonstruktionen solcher Grenzziehungen, Grenzverschiebungen und Aus-

20 Spiegelbildlich sind im Übrigen auch die Grenzziehungen nach ›oben‹ auszuhandeln, also die Fragen nach zu großem Reichtum im Sinne zu großer Einflussmöglichkeiten auf Kosten anderer (Möhring-Hesse 2010b: 123f.).

grenzungen verwiesen. Sie kann zum Verständnis solcher Auseinandersetzungen beitragen, auch zu darin reproduzierten Missverständnissen und Machtasymmetrien, aber sie kann sie nicht selbst expertokratisch entscheiden beziehungsweise festlegen. Für die Tafel-Studie heißt das: Inwiefern Tafelnutzende keine oder welche Wahl sie doch haben, kann ebenso wenig vorab entschieden werden wie die Frage, ob und gegebenenfalls welche Optionen die Tafeln selbst bieten oder zu welchen sie verhelfen können.

Flexibilisierungen

Es war zu sehen, dass bis heute große Schwierigkeiten bestehen bei der Gestaltung der Freiheiten, die die Überflussgesellschaften bieten. Zum einen erzeugt die Optionenvermehrung immer erneut eine Quasi-Mangelsituation: jede Erweiterung macht zugleich auf neue Weise sichtbar, was noch nicht erreicht wurde, aber zu erreichen wäre.²¹ Zum anderen sind neue Ausgrenzungsprobleme entstanden, bei denen Menschen auf Positionen festgelegt werden (sei es kurz- oder längerfristig), die ihnen keine Wahl in ihrer Lebensgestaltung lassen. Die höhere Priorität erhält aber häufig – für die ›Gewinner‹ einträglicher –, den per definitionem nicht zu überwindenden Quasi-Mangel zu ›beseitigen‹, als dass Gestaltungsoptionen für alle verfügbar gemacht würden; der Verweis auf vorhandenen ›Mangel‹ dient dann der Legitimation – man hat schließlich ›keine Wahl‹. Gleichwohl sind durchaus Tendenzen erkennbar (z.B. soziokulturelles Existenzminimum), dass die besonderen Integrationsanforderungen der Überflussgesellschaften Berücksichtigung finden oder wenigstens anerkanntermaßen finden sollten.

Um letztere zu stärken und die Probleme besser zu bearbeiten, so die hier vertretene These, wird es sinnvoll sein, sich von Mangeldiagnosen zu lösen und eine ›Überflusperspektive‹ einzunehmen. Die Probleme sind als Überflussprobleme und damit als solche eigener Qualität anzuerkennen. Der Quasi-Mangel erscheint dann als Optionengenerator, von dem man sich nicht verleiten lassen muss und der keine ›Notwendigkeit der Erfüllung‹ gebietet. Die Integrationsansprüche sind dagegen an der ›Notwendigkeit der Ermöglichung‹, an Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten auszurichten.

Auf diesem Stand der Überlegungen kann die analytische Zusammenführung von Überfluss, Flexibilisierung und Ausgrenzungen noch einen zweiten Schritt nehmen, soweit das im vorliegenden Rahmen möglich ist. – Insofern handelt es

21 Hinzu können ›Nebenfolgen‹ im Sinne Becks kommen, die zusätzliche oder einfach andere Probleme mit sich bringen.

sich hierbei auch um einen Vorschlag, Arbeits- und Sozialpolitikforschung mit Konsumforschung perspektivisch ins Gespräch zu bringen²² und auf diese Weise die soziologische Gegenwartsdiagnostik zu befördern. – Auf eine grundlegende Frage ist nämlich bislang noch nicht näher eingegangen worden und zwar, ob mit Flexibilität in den Ungleichheits- und Ausgrenzungsdebatten etwas völlig anderes gemeint ist als im Kontext von Konsumüberfluss oder ob beides eng zusammen gehört. Setzt man Flexibilisierungskonsequenzen einerseits mit Prekarisierung oder gar ›Überflüssigkeit‹ gleich und andererseits mit dem konsumierenden Zugriff auf Wahlmöglichkeiten, dann scheint es sich gerade um Gegensätze zu handeln. Die bisherigen Überlegungen haben dennoch einen Zusammenhang unterstellt und sie konnten mit der Einführung des Überflussvokabulars (Wahl, Gestaltung) in die Ungleichheitsrelationen entlang des Konzepts von Offe demonstrieren, dass sich ein solches Vorgehen als erhellend erweisen kann.

In der bloßen Gegenüberstellung erscheint Flexibilisierung im Bereich von Arbeit und sozialer Sicherung vorrangig als Verlust von Sicherheit in der Lebensgestaltung, im Bereich Konsum dagegen als Gewinn an Möglichkeiten. Beides wäre freilich je für sich zu einseitig betrachtet. Flexibilität steht seit den 1980er Jahren vor allem für neue Formen von Arbeits- und Organisationsprozessen, die sich ausdrücklich von älteren Mustern absetzen sollen. Statt über starre, autoritäre Hierarchien sollen diese Prozesse beweglicher und variabler gestaltet werden. Die Begründungen dafür changieren zwischen Notwendigkeit und Chancen. Als notwendig erscheint Flexibilisierung aufgrund ökonomischen Wandels (insbesondere in Folge von Globalisierungsprozessen), der den Konkurrenzdruck bei vielen Unternehmen erhöht. Aber auch gewandelte Kundenwünsche werden als Grund dafür vorgebracht, warum Unternehmen ihr Angebot (in Konkurrenz um die KonsumentInnen) kurzfristiger ändern und variabler gestalten müssten.²³ Doch wird dieser Wandel nicht nur als Notwendigkeit wahrgenommen, sondern auch als Chance, alte und erstarrte Muster aufzubrechen, Neues zu ermöglichen und sich aus der Enge hierarchischer und bürokratischer Gefüge zu befreien. Flexibilität meint sowohl Anpassungsfähigkeit an sich permanent ändernde Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft, als auch das Nutzen von Gestaltungschancen und die Freisetzung kreativen Handelns.

22 Und gerne auch Arbeits- und Sozialvertretungen mit Verbraucherorganisationen.

23 Vgl. zur Unternehmensperspektive in diesem Sinne auch Kapitel VI 2, in dem die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsansprüchen der KonsumentInnen beim Sponsoringengagement eine Rolle spielt.

Gewinne durch Flexibilisierungen stehen damit nicht nur für Unternehmen in Aussicht, sondern auch für Konsumierende: eine größere Auswahl aus immer neuen Angeboten wird verfügbar. Das entspricht ganz den eingeführten Überlegungen zum flexibilisierten Konsum, der überdies als mitantreibende Kraft wirkt. Konsum tritt hier nicht nur als kulturelle Kategorie ästhetischer Lebensstilisierung auf, sondern als ökonomische Nachfrage, die weniger dem Inhalt, als vielmehr gerade der (flexibilisierten) Form nach Einfluss auf die Produktion ausübt, indem sie flexibilisierte Angebote einfordert. Damit ist ein erster Zusammenhang zwischen ›Konsumflexibilität‹ und ›Arbeitsflexibilität‹ gegeben. Dabei ist es aber nicht einfach so, dass die Interessen als Konsumenten zwar für die Produzenten (Arbeitnehmer) relevant werden, aber zu deren Interessen im Widerspruch stehen. Denn unter den Vorzeichen der Flexibilisierung scheinen sogar Verbesserungen der Arbeitnehmerposition selbst möglich. So geht eine von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Studie zu flexiblen Arbeitszeiten den »Autonomieversprechen an die Beschäftigten« (Eberling u.a. 2004: 11) nach und wirft die Frage auf: »Wenn es gelänge, dass Betriebe und Beschäftigte die wechselseitigen Zeitinteressen auf faire Weise abstimmen, wäre damit nicht eine neue Dimension von Arbeit eröffnet, die eine neue Lebensqualität ermöglicht, Geldwohlstand und Zeitwohlstand?« (ebd.: 9). Neue Beschäftigungsformen, Arbeitszeitvarianten und flexiblere Übergänge von Arbeit zu Freizeit, Familienleben und Sozialbeziehungen haben durchaus ein Potenzial für höhere Lebensqualität und würden von Beschäftigten auch häufig positiv gesehen, nämlich sofern ihnen dadurch neue *Optionen und Wahlmöglichkeiten* eröffnet werden.

Schließlich bleibt zu bemerken, dass Flexibilisierungen neben Unternehmen, Konsumenten und Arbeitnehmern noch den Arbeitslosen Vorteile verschaffen sollen. Individuell via ›Fallmanagement‹ betreut, statt massenhaft bürokratisch verwaltet, ließen sich ihre Kompetenzen und Fähigkeiten für Chancen am Arbeitsmarkt besser zur Geltung bringen. Die Entsprechung mit der Konsumflexibilität wird noch deutlicher dadurch, dass komplementär dazu, dass das *Arbeitsamt* zum Quasi-Unternehmen (*Arbeitsagentur*) wird, die Arbeitslosen als *Kunden* bezeichnet werden. Ihre durch Flexibilisierung verbesserte Position soll direkt am Bild der *Konsumflexibilität* bemessen werden: Die Arbeitslosigkeitsverwaltung richtet ihr ›Angebot‹ flexibel auf die ›Kundennachfrage‹ aus.

Konsumflexibilität im erweiterten Sinne (Wahl, Gestaltung) hat also längst Eingang in die Arbeitswelt und die soziale Sicherung gefunden. Dabei handelt es sich zweifellos häufig um eine verordnete Flexibilisierung, doch sollte das nicht sofort den Blick darauf verstellen, dass sie durchaus auch verbreiteten Erwartun-

gen und Wünschen entspricht.²⁴ Um den Bedeutungswandel der Arbeit in diesem Sinne mit Bauman (2003: 164f.) zuzuspitzen:

»Arbeit gibt heute nicht mehr das Koordinatensystem ab, in dem sich feste Selbstdefinitionen, Identitäten und Lebenspläne aufspannen lassen. (...) Arbeit hat – ähnlich wie andere Tätigkeiten im Leben – inzwischen in erster Linie ästhetische Bedeutung. Man erwartet, daß Arbeit an und für sich befriedigend ist, (...). Man erwartet nicht mehr, daß Arbeit ›adelt‹, daß sie ›bessere Menschen‹ schafft, und kaum jemand lobt sie aus diesen Gründen. Was zählt ist der Spaßfaktor, der Lustgewinn, die weniger der ethischen und promethischen Berufung des Produzenten und Schöpfers Befriedigung verschaffen als den ästhetischen Bedürfnissen und Wünschen des Konsumenten, Sensationshaschers und Erfahrungssammlers«.

Die Konsumismusdiagnose von Bauman ist (wie in Abschnitt 2 gesehen) keineswegs eine freudige, als sei nun das Riesmansche Paradies eingerichtet. Sie malt vielmehr die Durchsetzung flexibilisierter Konsummuster in allen Lebensbereichen als negative Utopie aus. Dies sei sie insbesondere deshalb, weil gesellschaftliche Solidaritäten weitgehend ersatzlos verloren gingen. Flexibilität befreit im Konsumismus von kollektiven Verbindlichkeiten, die aber für solidarische Verhältnisse nötig bleiben. Die flexible Freiheit des einen ist nicht neutral gegenüber der anderer. »Auch wenn der Wechsel der eigenen Identität reine Privatangelegenheit ist, es werden dabei immer auch soziale Bindungen abgebrochen, Verpflichtungen gelöst, und die Betroffenen werden selten gefragt, geschweige denn, daß man ihnen die Chance einer freien Wahl einräumt« (ebd.: 108). Zwar gibt es globale Eliten, die insgesamt profitieren, für die meisten Menschen ergäben sich allerdings zahlreiche neue Zwänge. Diese bestehen freilich nicht mehr darin, dass Menschen im Handeln blockiert würden, sondern ganz im Gegenteil darin, dass sie permanent ›mitrennen‹ müssten. Einige wiederum fallen zurück oder ganz aus dem ›Rennen‹ heraus und finden keine geeigne-

24 Es wäre zu einfach anzunehmen, dass *nur* das, was man historisch am Konsum zu schätzen gelernt hat, nun als Ansprüche in alle Lebensbereiche, insbesondere auch in die Arbeitswelt übertragen würde. Freiheitsansprüche knüpfen sich ebenso an die Demokratisierung von Politik. (Ob es sinnvoll ist, Demokratisierung als eine Form der Flexibilisierung von Politik zu verstehen, sei hier dahin gestellt.) Jedenfalls ist vor diesem Hintergrund die Suche nach Koalitionen zwischen Konsum und Demokratie nur konsequent. Zu neueren Überlegungen zu »Verbraucherdemokratie« und »Consumer Citizen« vgl. Lamla (2008).

ten Unterstützungsstrukturen mehr vor. Das entspricht der analytischen Dreiteilung, wie sie oben mit Offe (1996) vorgenommen wurde.

Jenseits der Großdiagnose zeigen sich vergleichbare Muster auf unterschiedlichen Ebenen. Auch in Betrieben sind verbesserte Arbeitsbedingungen möglich, aber voraussetzungsreich. So weist Holtgrewe (2006) darauf hin, dass Flexibilisierungen zwar kreative Möglichkeiten verschaffen können, diese freilich ungleich verteilt sind, wobei die Ungleichheit tendenziell kumulativ steigt. Denn diejenigen, die die entsprechenden Ausstattungen und Fähigkeiten mitbringen, um durch Flexibilisierungen bessere Positionen zu erreichen, reichern ihre Möglichkeiten dadurch weiter an, um dann leichter auf die noch besseren Positionen zu springen. Die anderen müssen mit den Flexibilisierungen als verordneten Unsicherheiten leben (Prekarisierung), woraus sich neue Nachteile ergeben (vgl. Eberling u.a. 2004), oder verlieren den Anschluss ganz (»Überflüssige«).

Selbst im Bereich sozialer Sicherung ist Vergleichbares unter etwas anderen Vorzeichen zu beobachten. Einige ALG-II-Beziehende schaffen den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt mit oder mitunter auch trotz der neueren »Aktivierungspolitik«. Andere sehen sich vor allem vom Arbeitsamt selbst »beschäftigt«, also »aktiviert« durch Anforderungen, die sie eher davon abhalten, sich um verbesserte Voraussetzungen für einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu kümmern. Schließlich geht die arbeitsmarktpolitische Ausrichtung an einigen »Kunden« ganz vorbei.²⁵

Flexibilisierungen verschaffen also einigen Vorteile und erscheinen vielen durchaus attraktiv, insofern sich daran Freiheits- und Gestaltungshoffnungen knüpfen. Inwiefern diese realen Möglichkeiten entsprechen und für wen sich solche tatsächlich öffnen, ist damit noch nicht geklärt. Vergleichsweise nüchtern resümiert deshalb Struck (2009: 281) in Bezug auf Arbeit und soziale Sicherung: »Nicht Flexibilität ist das Problem, sondern ein unproduktiver Umgang mit Unsicherheiten und den Sorgen der »Mitte« um Abstiege«. Aber man muss noch weiter gehen, denn Flexibilität ist kein Generalschlüssel der ökonomisch überall passt, sondern bleibt selbst zwiespältig. Wie bereits Sennett (2000, s.a. Skorstad 2009) feststellte, führt Flexibilisierung auch in den Unternehmen und Organisa-

25 Ich beziehe mich mit dieser Dreiteilung auf Ergebnisse der Untersuchungen zur arbeitsmarktpolitischen Neuorientierung im Zuge der Hartz IV-Reformen und deren Konsequenzen für die »LeistungsbezieherInnen«. Die Analysen wurden am Sonderforschungsbereich 580/Institut für Soziologie Jena erarbeitet. Ich orientiere mich dabei grob an der Unterscheidung von drei Typen von »LeistungsbezieherInnen«: Umjeden-Preis-Arbeiter, Als-ob-Arbeiter, Nicht-Arbeiter. Vorläufig dazu Bescherer/Röbenack/Schierhorn (2009).

tionen, die sich ihr verschrieben haben, keineswegs immer zu besonderer Effektivität und wirtschaftlichem Erfolg. (Insofern kann man nicht einfach sagen, dass die sozialen Sicherungen ›ökonomischer Rationalität‹ zum Opfer fielen.) Sie befördert aber die ausgeführten Ungleichheiten und Ausgrenzungen: Während sich mit Flexibilisierungen für einige Verbesserungen verbinden, erweisen sie sich sowohl in ihrer konsumistischen (Bauman 2003) wie in ihrer sozialpolitisch-aktivierenden (Lessenich 2008) als auch in ihrer arbeitsweltlichen Variante (Sennett 2000, Boltanski/Chiapello 2003, Castel/Dörre (Hg.) 2009) für viele als Zumutung und Einbuße an Gestaltungsmöglichkeiten.

Im Verständnis der ›flexibilisierten Überflusgesellschaft‹ sind deshalb die Flexibilisierungen von Arbeit und sozialen Sicherungen mit denen des Konsums zusammen gedacht. Den Prekarisierungen von Arbeit und sozialer Sicherung steht keineswegs die ›Konsumentensouveränität‹ gegenüber. Beiderseits bedarf es neuer Sicherungen, die Ausgrenzungen vermeiden. Zugleich bleibt aber daran zu erinnern, dass der problematische Wandel der letzten drei Jahrzehnte, der hier vor allem im Zusammenhang mit Flexibilisierungen thematisiert wurde, in mancher Hinsicht auch als attraktiv wahrgenommen wird und sich darüber legitimieren kann; er speiste sich in seiner Attraktivität auch aus einer Kritik an als zu eng empfundenen Strukturen. Deshalb greift der bloße Weg zurück, ohne Berücksichtigung dieser Kritiken, ebenso zu kurz, wie die gewissermaßen konsumistische Flucht nach vorn im Sinne Baumans.²⁶

Ökologische Erkundungen

Die ökologischen Aspekte konnten im vorliegenden Kapitel nur unzureichend diskutiert werden, doch sollen sie zumindest noch auf die bisherigen Überlegungen bezogen werden. Der historische Übergang in die Überflusgesellschaft, der soziale Begrenzungen der Notwendigkeit auflöste, schien bald darauf natürliche Grenzen zu bedrohen oder von diesen bedroht zu werden. Auf dem Stand der sozialwissenschaftlichen Diskussionen zum Naturverhältnis stellt sich die Problematik jedoch etwas anders dar. So wie in der Gesellschaft Grenzziehungen

26 Boltanski/Chiapello (2003: 413ff.) haben anhand ihrer Analyse von Projektarbeit – welche Apatzsch (2010: 16) als »Extremform von Flexibilisierung« bezeichnet – Grundlinien einer »Netzgerechtigkeit« entwickelt. Darin nehmen sie die kritischen Impulse der ›Künstlerkritik‹ auf, wollen diese aber – vor allem qua rechtlicher Regelungen – in gerechter Weise abgesichert wissen. Vergleichbares, also sowohl die Absicherung von Teilhabechancen als auch die Einschränkung von auf Kosten anderer ermöglichter Wahlfreiheiten, müsste im Bereich des Konsums noch geleistet werden.

notwendig sind, obwohl (und gerade weil) sie nicht jenseits politischer Aushandlungen bestimmt werden können, so muss heute konstatiert werden, dass auch die Natur keine letzten Gewissheiten und Notwendigkeiten liefern kann. Der Verweis auf Natur entlastet nicht von der Gestaltungsaufgabe. Die ökologischen Grenzen müssen ›ausgehandelt‹ beziehungsweise immer wieder erkundet werden.

Die Frage der ökologischen Grenzen ist in der ökologischen Kritik selbst umstritten. Die Vorstellung, dass die Natur objektive Vorgaben für menschliches Leben mache (wenigstens in der Form objektiver Grenzen), die sich naturwissenschaftlich bestimmen lassen, sieht sich sozialwissenschaftlicher Kritik ausgesetzt. Denn die Versuche, diese Grenzen zu bestimmen, sind doch nie von den menschlichen Wesen und sozialen Prozessen zu trennen, die diese Versuche unternehmen, auch wenn sie sich dafür objektivierender Mittel (Naturwissenschaft) bedienen. In der prominenten Latourschen Fassung solcher Kritik (Latour 1998, 2001) wird der Begriff ›der‹ (einen, außerhalb der Gesellschaft liegenden) Natur deshalb ganz aufgegeben und stattdessen auf konkrete Vernetzungs- und (im Sinne politischer Ökologie) Aushandlungsprozesse verwiesen, an denen Menschen wie nicht-menschliche Wesen gleichermaßen in immer neuen ›Verwicklungen‹ und ›Verkettungen‹ beteiligt sind. – Natur wird, wenn man so will, ›flexibler‹ gedacht: man rechnet eher mit ihrer Unberechenbarkeit als mit ihrer durchschaubaren Gesetzmäßigkeit. – Nur wenn man anerkennt, so die Überlegung, dass Menschen eng mit ›Dingen‹ und nicht-menschlichen Wesen vernetzt sind, kann auch die Vorstellung der für Menschen folgenlosen Manipulation einer vermeintlich äußeren Objektwelt aufgegeben werden. Menschen greifen dann nicht in ›die äußere Natur‹ ein, sondern in Vernetzungen, deren Teil sie immer schon selber sind. In der so gedachten politischen Ökologie betrifft jeder ›Eingriff‹ immer auch die Eingreifenden.

Sich in ›Aushandlungen‹ oder Erkundungen zu begeben hat aber noch einen weiteren Aspekt, der einem Naturbegriff nicht entgegensteht. Es erkennt nämlich an, dass die anderen (nicht-/menschlichen) Akteure sich einem letzten Zugriff entziehen, dass sie nicht *allein* als Aktualisierung im jeweiligen Netzwerk verstanden werden können.²⁷ Sonst wären sie so eindeutig, dass Verhandlungen nicht notwendig und andere Verknüpfungen unmöglich wären. So bleibt in den Aushandlungsprozessen immer ein Verweis auf etwas Anderes, Unverstandenes, Unverfügbares präsent. Gerade das deutet aber auf etwas, das in anderen Theorietraditionen nach wie vor als Natur bezeichnet werden kann: »Natur als Grenz-

27 In einer anderen Terminologie Latours (2007a) handelt es sich um »Vermittler«, nicht bloße »Zwischenglieder«.

begriff kultureller Machbarkeit« (Hauskeller 2003). Die Begründungen sind verschieden (Verweis auf das Andere versus eigene Verwicklung), aber Intention und Konsequenzen ähneln sich, im Sinne von Begrenzungen eines bloß manipulativen Zugriffs auf ›die‹ (vermeintlich festgelegte, objektivierbare) Natur.

Diese Fragen müssen hier nicht entschieden werden. So oder so liefert Natur weder Gewissheiten noch kann sie übergangen werden, das heißt der Bezug auf Natur entlastet nicht von der ökologischen Gestaltungsaufgabe gesellschaftlichen Lebens. Grenzziehungen sind nötig, aber nicht letztgültig objektiv ableitbar. Damit lässt sich auch die ökologische Konfliktkonstellation – parallel zur sozialen – in der eingeführten überflussgesellschaftlichen Terminologie interpretieren. Bei den Grenzziehungen nach ›oben‹ kann zumindest eine ökologische Entlastung dadurch gewonnen werden, dass ›falscher‹, nämlich durch Quasi-Mangel motivierter Überfluss eingeschränkt wird. ›Grenzenlose‹, das heißt Aushandlungen nicht berücksichtigende Optionenverfolgung ist zwar bei entsprechenden Ressourcen und Machtmitteln (›Gewinner‹) nicht unmöglich, wird aber weder in sozialer noch ökologischer Hinsicht als nachhaltig gelten dürfen. Damit ist bereits die ökologische Relevanz der Innen-Außen-Differenz berührt. Der allein instrumentelle, manipulative Zugriff auf Natur folgt der klaren Trennung in innen/außen, die der Gesellschaft-Natur-Trennung entspricht. Während in der Gesellschaft Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten gesehen und verfolgt werden, wird der äußeren Natur gewissermaßen ›keine Wahl‹ zugestanden; sie hat sich in die gesellschaftlichen Zwecke zu fügen.²⁸ Eine politische Ökologie Latourscher Prägung tritt gerade gegen diese Form von ›Ausgrenzung der Natur‹ auf.²⁹

Für dieses Konzept ist es im Übrigen weder in sozialer noch ökologischer Hinsicht nötig, von einer bewussten und sozusagen bössartigen Ausgrenzung

28 Fiktional lässt Coupland (2010: 28) seinen Julien sagen: »Ich hasse es, dass die Welt sich in eine riesige Hamburgermaschine verwandelt hat, dass die Welt sich heutzutage nur noch um den *Menschen* dreht – alles Übrige auf unserem Planeten muss sich unserem Willen beugen, weil es keine andere Wahl mehr gibt«.

29 Hier ist offensichtlich auch der Konflikt zwischen ökologischer Kritik und klassischer sozialer Verteilungskritik angesiedelt. Um der Anschaulichkeit willen etwas vereinfacht: für die ökologische Kritik ist es sekundär, ob jemand drei Autos hat oder eines, weil als entscheidender eine andere Mobilität angesehen wird. Für die Verteilungskritik steht der gerechte Anteil der ›Verlierer‹ im Zentrum und erst dann wird man sich um die Tiere oder das Klima kümmern. Ob Exklusionskritik zu einer neuen Verständigungsbasis werden kann, lässt sich hier nicht entscheiden. Die analytische Parallelführung der ökologischen mit der sozialen Konfliktstruktur bedeutet selbstredend nicht, dass es sich in der Sache um dieselben Probleme handeln würde.

auszugehen. Bei der Optionenverfolgung und der Ausübung von Wahlfreiheit wird gegebenenfalls einfach hingegenommen, dass dies auf Kosten anderer oder/ und auf ökologische Kosten geht. Die, ganz im Sinne Offes (1996: 272 u.a.), »barbarischen Folgen« resultieren schon aus Indifferenz, Unterlassen und Vor-enthalten von Unterstützung.

Die Ausführungen dieses Kapitels können einige Plausibilität für die Annahme einer flexibilisierten Überflusgesellschaft liefern und mehr kann im Rahmen dieser Studie nicht beansprucht werden. Zweifellos bedürfte ein solches Verständnis der weiteren Ausarbeitung. Theoretisch müssten die angestellten Überlegungen insbesondere in zwei Hinsichten vertieft werden. Zum einen in Bezug auf die Frage nach der *Generierung* des Überflusses, welcher auch die Ressourcenbasis der Tafeln liefert. Mit den oben diskutierten Ansätzen sind zum Teil Entwicklungsannahmen verbunden, die hier nicht näher ausgeführt wurden.³⁰ Zu denken ist dabei unter anderem an das Konsumismusverständnis bei Bauman (2003), seine Theorie der »flüchtigen Moderne«, die ein dynamisches Konzept enthält, mit dem sich eine permanent steigende Überflusserzeugung ebenso begründen lässt wie die dargestellten Ausgrenzungen. Andere aktuelle Modernetheorien und neuere Kapitalismusanalysen, wie die Arbeiten von Boltanski/Chiapello (2003), Rosa (2005) und Dörre/Lessenich/Rosa (2009), müssten unter dem Aspekt der Überflusserzeugung aufbereitet werden. Zum anderen wären die Analysen in Richtung der gesellschaftlichen *Verteilungen* des Überflusses zu erweitern, um die Rolle der Tafeln darin genauer zu bestimmen. Ein Anschluss an die neuere Renaissance der an Mauss (1990) anknüpfenden Gabetheorien wäre dabei aussichtsreich. Damit lässt sich die Bedeutung reziproker Sozialbeziehungen für das gesellschaftliche Zusammenleben im Allgemeinen und für sozialstaatliche Diskurse und Institutionen im Besonderen thematisieren (vgl. Lessenich/Mau 2005, Marten/Scheuregger (Hg.) 2007). So werden die moderne Vielgestaltigkeit, die gerade in Sozialstaaten vielfältige Vermitteltheit und die unterschiedlichen Ausdeutungen von Reziprozitätsverhältnissen sichtbar. Ebenso eignet sich aber diese Theorieperspektive, um (Konsum-)Überflusphänomene zu reflektieren. Man denke hier an Mauss' Potlatschdeutungen, an die etwa Diskussionen um Batailles »Verschwendungen« anschließen (vgl. Mein 2009, Ruf 2009, Strandbakken 2009).

30 Zu einzelnen Aspekten dazu vgl. Lorenz (2009b, 2011) und unabhängig von den Tafeln Lorenz (2009d) sowie Lorenz/Rosa (2009), aber auch schon im Zusammenhang mit der Analyse des Umgangs mit Unsicherheit in Lorenz (2007a).

Zunächst bedarf aber eine weitere theoretische Ausarbeitung der gründlichen empirischen Exploration des Phänomens. Das ist das Ziel der Rekonstruktionen dieser Studie.

4.2 Konsequenzen für die Tafelstudie

Im vorliegenden Kapitel ging es darum, neuere, von den reichen Überfluggesellschaften ausgehende Entwicklungen zu erläutern, auf die sich die Tafeln selbst beziehen und auf die sie sich zugleich soziologisch reflektiert beziehen lassen. Dafür war es vor allem notwendig, zweifellos vorhandene Armut und Ausgrenzungen zum ebenso vorhandenen (Konsum-)Überfluss und dessen sozialen und ökologischen Konsequenzen in Beziehung zu setzen. Armut und Ausgrenzung widersprechen einer Überfluggesellschaft nicht, durch die vielmehr ein Erkenntnis fördernder Blick auf diese Phänomene eröffnet werden kann. Bereits in der Einleitung (I 3) wurde dargelegt, dass eine Mangelperspektive auf die Tafelarbeit der Sache nicht gerecht wird (vgl. Lorenz 2011). Die zeitdiagnostischen Überlegungen liefern weitere gute Gründe dafür: Zum einen bieten sie ein Verständnis von Quasi-Mangel an, der Entscheidungen zugunsten der Überfluggesellschaft statt verbesserter Teilhabemöglichkeiten (und ökologischer Verträglichkeit) legitimieren lässt. Sie lassen zum anderen in der Überfluggesellschaft (Wahl, Gestaltung) eine eigene Deutung der Ausgrenzungsproblematik zu (keine Wahl haben, Festlegung auf Notwendigkeit); diese expliziert selbst Integrationsanforderungen, die über die bloße ›Notwendigkeitsversorgung‹ hinaus weisen, nämlich Wahlmöglichkeiten in der Lebensgestaltung vorsehen.

Die Überfluggesellschaften haben Armut nicht überwunden und sogar neuere Ausgrenzungsprobleme hervorgebracht. Was in den bisherigen Analysen zu Armut und Ausgrenzung aber kaum systematisch berücksichtigt wird, ist die so bedeutsame Rolle des Konsums. Sicherlich wird der Art und Weise des Konsums seit Bourdieu in Ungleichheitsuntersuchungen immer wieder nachgegangen.³¹ Was vor dem Hintergrund von Ausgrenzungsproblemen aber besonders interessieren muss, ist die Bedeutung des Konsumentenstatus selbst. Neben (nicht statt) der Arbeitslosigkeit, so könnte man sagen, bedarf es einer genaueren Berücksichtigung von ›Konsumlosigkeit‹ als ausgrenzungsrelevant. Die Empirie

31 Auch in der neueren US-amerikanischen Forschung zu Effekten des Wandels der Wohlfahrtspolitik wurden unter anderem Einflüsse auf das Konsumverhalten untersucht. Einen Einblick gibt Blank (2009: 41ff.). In Deutschland hat jüngst Bosch (2010) eine Studie vorgelegt, die sich mit »Konsum und Exklusion« befasst. Im Vordergrund steht dabei die Inklusionsbedeutung von (Konsum-)›Dingen«.

(Kapitel V) wird dazu Anregungen und Einsichten liefern. Sie wird außerdem zu klären haben, wie sich das Tafel-Engagement dazu verhält (u.a. Kapitel IV 5.1) und welche Effekte es für den Konsumentenstatus der Tafelnutzenden hat. Über den Konsum im engeren Sinne hinaus kann die Heuristik des Wählens (können/müssen) und des Keine-Wahl-habens Anhaltspunkte dafür liefern, den Ausgrenzungen empirisch nachzugehen. Außerdem wirft sie die Frage auf, welche Wahloptionen in der Lebensgestaltung den Tafelnutzenden durch Tafeln und Sponsoren eröffnet werden (können und sollen).

Die Annahme einer flexibilisierten Überflussgesellschaft nimmt sowohl den ausgedehnten (Konsum-)Überfluss als auch neuere Ausgrenzungen konzeptionell auf und sieht sie im Zusammenhang. Die Tafeln finden darin ihren gesellschaftlichen Ort zwischen auseinander strebenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, pointiert: zwischen ›Konsumismus‹ und ›Überflüssigkeit‹. Flexibler Überfluss, so wurde herausgestellt, ist eine Gestaltungsaufgabe. In diesem Sinne erscheinen die Tafeln als eine gesellschaftliche Gestaltungsoption im flexiblen Überfluss – als eine neuere Form des Umgangs mit Überfluss, die zugleich den Zugang zum Überfluss zu erweitern anstrebt. Die gegenwartsdiagnostischen Analysen konnten genauer herausarbeiten, was in der Einleitung (I 2) bereits als Aufgabe formuliert wurde: Die Tafeln erscheinen gerade dort, wo die resultierenden Spannungen gegenläufiger Entwicklungstrends am größten sind und die auseinander tretenden Entwicklungsrichtungen eine Konfliktlinie hervorbringen. Analytisch verläuft die Konfliktlinie zwischen der Generierung immer weiterer Wahloptionen, mit sozial wie ökologisch problematischen Konsequenzen, einerseits und dem Ausschluss von Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten andererseits. Tafeln geben durch ihre Aktivitäten dieser gesellschaftlichen Verwerfungslinie eine Gestalt und bieten eine neue Verbindung an. Wie diese trennende Verbindung oder verbindende Trennung gestaltet wird, ist Gegenstand der empirischen Analysen.

Die Empirie wird eine relative Distanz zu den theoretischen Konzepten wahren. Die theoretischen Deutungen bieten Anregungen und analytische Unterscheidungen, dürfen aber die Empirie nicht dominieren. Im Vordergrund stehen deshalb zunächst die empirischen Analysen, die im Schlusskapitel in Bezug auf die zeitdiagnostischen Überlegungen diskutiert werden.